

DISKUS

FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

NACHRICHTENBLATT DER
VEREINIGUNG VON
FREUNDEN U. FÖRDERERN
DER JOHANN WOLFGANG
GOETHE-UNIVERSITÄT
FRANKFURT AM MAIN E. V.

5. Jahrgang — Heft 1 Preis 10 Pfg.

Januar 1955

Verlagsort Frankfurt a. M.

Subvention schafft Verantwortung

Rechte Isarier und linke Spreepostel haben sich in Gauning (Niederbayern), als sie zur Überwindung der politischen Lethargie der Studentenschaft nach neuen Möglichkeiten Ausschau hielten, zu einer schwarz-rot-blauen Koalition zusammengefunden. Um die Freiheit des akademos-Bürgers, wie wir der neuen gesamtbayrischen Studentenzeitung „profil“ entnehmen, die in einem netten, kosmetisch anmutenden Format erscheint, darüber aber leider nur im gewöhnlichen Selbstverwalterstil berichtet. Die Grundrechte des akademischen Bürgers seien durch ärztliche Pflichtuntersuchungen, besonders aber durch die Verbote studentischer Korporationen verletzt worden, heißt es zunächst. Cand. med. Dieter Spangenberg, der langjährige Leiter des Amtes für gesamtdeutsche Studentenfragen im Verband deutscher Studentenschaften und gerade in Berlin-Dahlem zum SPD-Bezirksratsmitglied gewählt, ging dann zum Positiven über. Er fand großen Beifall, als er den fast ausnahmslos korporierten bayrischen Studentenvertretern erklärte, „daß in erster Linie die Korporationen Kader gegen den Kommunismus darstellen könnten“.

Bayern ist seit dem bekannten Seeshaupter Beschluß des VDS, wo so rigorose Bedingungen für jegliche Kontaktaufnahme mit Studentenschaften der Sowjetzone festgelegt worden waren, wohl der treueste Waffenbruder des Berliner Amtes im Verfolg seiner: gerade in letzter Zeit so arg angefeindeten gesamtdeutschen Studentenpolitik. Die Bilanz einer zweijährigen Kampfgemeinschaft, daß „die Auffassungen im wesentlichen gleich seien und die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit von beiden erkannt sei“, gab Spangenberg allen Grund zur Freude über diese Allianz der Bären und Löwen.

Ein großer gemeinsamer Gegner schafft klare Fronten und feste Koalitionen, auch wenn das kleinste gemeinsame Vielfache nicht einmal — wie bei der derzeitigen bayrischen sozial-liberalen Koalition — die gemeinsame „Stinkwut“ gegen die Konfessionsschule, sondern erst „die Erkenntnis ist, daß es in Zukunft keine Diskussionen mehr darüber geben dürfe, welche Partei oder Gemeinschaft ein Student angehört, wenn es gilt, auf dem Gebiet gesamtdeutscher Studentenfragen die widerstrebenden Meinungen innerhalb der Studentenschaft zusammenzuführen“.

Bündnisschaft in einer politischen Einzelfrage, wie der gesamtdeutschen, ist wichtig; vielleicht ein kleiner Fortschritt. Aber gerade da macht es stutzig, wenn bei allem Trennenden sich die Koalitionsfreunde ihr ganz frisches wechselseitiges Vertrauen so inbrünstig bescheinigen. Sollte hier ein Amtsinteresse dem politischen Interesse gewisser Korporationen entgegenkommen? Das Festhalten an der starren Politik der Trennung in allem Offiziellen und das kleinmütige Verschanzen hinter der Forderung nach der persönlichen Kontaktaufnahme, die sich nicht anordnen läßt und von deren Verwirklichung also niemand ganz überzeugt ist, dürfte wohl der Impetus des Einschwenkens in die gemeinsame Front sein. Dem einen bewahrt es sein Wächteramt und die Garantie für einen scheuklappengeraden Weg ohne die Notwendigkeit einer eventuellen Neuorientierung; dem anderen gewährt es zum Lohn für den Idealismus privaten Gesamtdeutschtums die risikolose Fortsetzung prosperitärer Politik: reservatio et restauratio auf einem Hauptnenner.

Die Kabinettsfrage der Schlagenden

Ohne Toaste auf eine Zweckfreundschaft und doch um vieles solider entwickelte sich ein dreitägiges Studienseminar, das der VDS in Bonn zusammen mit den politischen Studentenverbänden und den Korporationen der Frage widmete: wie haltet Ihr mit der Demokratie?

Hier gab es für den VDS eine echte politische Aufgabe, ohne daß er sich selbst politisch engagieren mußte und eventuell in ein bestimmtes politisches Fahrwasser treiben ließ. Mit dieser von ihm arrangierten und geleiteten Aussprache griff er unmittelbar und mit einer bisher noch nicht absehbaren Tiefenwirkung in die Auseinandersetzungen innerhalb der Verbände ein. Er zwang sie, vor allem die als restaurativ

verschrienen Burschenschaften, an die Probleme einer aktuellen Orientierung heran. Interne Diskussionen — vor und nach dem Seminar — wurden für jeden Verband notwendig; damit hat der VDS eine gewisse Neu- oder Andersorientierung in politischen und hochschulpolitischen Fragen unausweichlich gemacht.

Es ging um die Haltung der Korporationen zur Weimarer Republik. In glänzenden Referaten wurde der politische Weg deutlich, den Korporation und Verbände in der Weimarer Zeit bis zu ihrer Auflösung im Dritten Reich gegangen sind. Die historischen Fakten lebten bei den Korreferaten und Berichten zahlreicher anwesender Alter Herren, die für die Entwicklung in den Verbänden damals mitverantwortlich waren, wieder auf. Es war erstaunlich, mit welcher Offenheit hier Fehler und Irrtümer in persönlichster Form bekannt wurden. Diese Bereitwilligkeit zur „Gewissensforschung“ wurde manchmal hart an die Grenze des Möglichen getrieben. Wenn junge Studenten aus unbelasteten Verbänden mit der Anerkennung der Schuld durch die verfeimten Alten Herren gewissermaßen implicite noch ein „Ich will es ja auch nie wieder tun!“ verlangten, so hat von diesen doch keiner solches Übermaß zur Ausflucht benutzt.

Ein lobendes Wort gehört der mutigen Erörterung der Probleme des „Politischen“ der „Gründer“ von den „Vereinigten Deutschen Studenten (VDSt), die einst für ihre nationalistisch-antisemitische Haltung berüchtigt waren, suchte die Quellen und Gründe dieses unseligen Verhaltens aufzuzeigen. Dabei bekam man das sichere Gefühl, daß sich in diesem Verband eine Wandlung vollzogen, daß er heute restlos mit diesen unheilvollen Ideen — nicht zuletzt unter dem Einfluß der Alten Herren, zu denen auch der verstorbene Bundestagspräsident Dr. Ehlers zählte — gebrochen hat.

Am 3. Tage schließlich waren die „Politen“ der historischen Gespräche überdrüssig und verlangten von den „Schlagenden“ eine klare Stellungnahme zur parlamentarischen Demokratie und zum 20. Juli. Daß diese Antwort ein eindeutiges Bekenntnis zur Tat des 20. Juli wurde, verdient besondere Erwähnung. Dr. Hielscher, Schriftleiter



Wir, die Jungen, rechnen Mendès France das Eine sehr hoch an: daß er eine Angelegenheit, die uns nur noch als abrollender Mechanismus einer startbereiten Militärverwaltung präsentiert wurde, von Woche zu Woche wieder als eine eminent politische Angelegenheit aktualisierte.

der Deutschen Corpszeitung, machte als Sprecher des Kössener SC und des CDK mit großer Leidenschaft die Frage nach der Einstellung zu den Opfern des 20. Juli „zur Kabinettsfrage für seinen Verband“. Der CDK und mit ihm die Deutsche Burschenschaft schlossen sich dem an.

Fortsetzung auf Seite 4

Wir wollen Spezialisten sein

Vorschläge zu einer Reform des juristischen Studiums sollten nicht von einer idealen Vorstellung ausgehen, der gegenüber es nur milde Resignation gibt; sie sollten die Realität zum Ausgangspunkt nehmen, die heute das Bild unserer Universität bestimmt. Drei Mißstände werden heute vor allem für die Notwendigkeit einer Reform ins Feld geführt: die geringe Zahl von Dozenten im Verhältnis zu einer ständig wachsenden Menge von Studierenden, die immer weiter zunehmende Fülle des Lehrstoffs und die schwierige wirtschaftliche Lage der Studenten.

Ein persönlicher Kontakt, wie er eigentlich die Voraussetzung für ein fruchtbares wissenschaftliches Arbeiten sein sollte, kann zwischen Professoren und Studenten heute nur noch in Ausnahmefällen zustande kommen. Denn in den letzten fünfzig Jahren hat sich die Zahl der Studierenden wohl verdreifacht; aber die Zahl der Dozenten ist fast gleich geblieben. Woran liegt das?

Es wird immer als selbstverständlich hingenommen, daß bei den Philosophen und den Naturwissenschaftlern etwa ein Professor der Archäologie oder der Meeresbiologie vor fünf bis zehn Hörern liest. Keiner wird darum diesem Lehrstuhl die Existenzberechtigung absprechen, die nicht von der Zahl der konsumierenden Hörer sondern von dem Rang der Wissenschaft abhängig gemacht ist. Ständig vermehrt sich die Zahl der Einzelwissenschaften in diesen Fakultäten, und ohne Rücksicht etwa auf eine Hörermindestzahl, sagen wir von 50 Vollimmatrikulierten, werden für sie auch Lehraufträge vergeben. Die Juristen hingegen sind starr bei ihrer alten Systemeinteilung geblieben, obwohl eine Aufteilung in Spezialgebiete bei ihrer Wissenschaft nicht weniger natürlich als in anderen Fakultäten wäre. Man hat dabei eines vergessen: Vor einem halben Jahrhundert konnten sich die Studenten noch um ihren Meister „scharen“. Heute finden in den größten Hörsälen nicht mehr alle, die belegt haben, Platz, und viele haben daraus die endgültige Konsequenz ge-

zogen, auf den Anblick des Lehrers ganz zu verzichten. Niemand kommt aber darum auf den Gedanken, daß man das alte Prinzip: pro Wissenschaft ein Lehrstuhlinhaber, endlich zugunsten des menschlicheren: pro höchstens X Hörer ein Dozent, aufgeben müßte.

An der Ruperto Carola, in Heidelberg, hat man mit dem neuen Prinzip so radikal Ernst gemacht, daß die Wissenschaft dabei zu kurz kommt — übrigens nicht nur sie. Dort sind für die ersten bis dritten Semester Kurse eingerichtet, in denen die Studenten, in Gruppen zu etwa zehn bis fünfzehn zusammengefaßt, mit Assistenten oder Referendaren den Stoff der Vorlesung durchdiskutieren, in die Literatur eingeführt werden und erste Anleitung zu schriftlichen Arbeiten erhalten. Wozu dann aber noch die Vorlesung selbst? Verständlich scheint sie nicht zu sein, sonst bedürfte sie nicht des Kommentars durch den Vereinfacher, der ja selbst noch kein Spezialist der Materie ist. Im übrigen aber befolgt man eine Praxis, die nie vor das Arbeitsgericht gelangen dürfte: mit monatlichen 50 DM werden die Kursleiter bezahlt, die den Staat von dem Zwang befreien, mehr Dozentenstellen einzurichten. Referendare sind aber — das erklärt es wiederum — heute die billigsten Arbeitskräfte geworden; vom Staate bekommen sie nichts, oder nur ein Spottgeld; man biete ihnen also ein paar Mark an, und schon springen sie auf jedes Angebot. So sollte die Universität nicht versuchen, das Problem zu lösen. Es muß fairere Möglichkeiten geben. Aber verschweigen wir die Hauptsache nicht: die Ergänzung, zum Teil schon die Ersetzung der Vorlesung durch Übungen im kleineren Teilnehmerkreis ist ein entscheidendes Stück Studienreform.

Das weitere Problem einer juristischen Studienreform ist die immer weiter wachsende Fülle des Stoffes. Dem trägt vor allem ein Reformvorschlag Rechnung, der kürzlich von der juristischen

Fortsetzung auf Seite 2

259 1804

Man sagt in Bonn

Es gab entrüstete Kommentare in Bonn, als in München eine Regierung ohne, ja gegen die CSU gebildet wurde. Aber diese Stimmen, die es als undemokratisch bezeichnen, daß die stärkste Partei von der Regierungsbildung ausgeschlossen wird, haben zu schnell vergessen, daß es der SPD vor gar nicht allzu langer Zeit in Berlin und Schleswig-Holstein genau so ergangen ist. Und jede große Partei wird in Zukunft damit rechnen müssen: Es genügt nicht, die Wahlen zu gewinnen, viel schwerer ist es, den Kampf um die Regierungsbildung zu bestehen. (Es klingt grotesk, aber man kann es sagen: Eine Partei kann die Wahlen ruhig verlieren, wenn sie nur die Regierungsbildung gewinnt.) Es ist ja beinahe ein Naturgesetz, daß sich eine kleine Partei immer so teuer wie möglich verkaufen wird. Daß die CSU dies in Bayern verkannt hat, stellt ihr nicht gerade das Zeugnis politischer Klugheit aus. Proteste können dies nicht vertuschen. Die Vorwürfe gehen auch an die falsche Adresse; denn die merkwürdigen Regierungsbildungen in den deutschen Ländern gehen doch eigentlich allein auf das Konto des Verhältniswahlrechts. Und betrogen sind nicht die Parteien, die dementsprechenden Wahlgesetzen zugestimmt haben, sondern einzig und allein die Wähler, die heute auf das Entscheidende, die Regierungsbildung, gar keinen Einfluß haben. Man soll dem Wähler bei der Wahl die einfache Alternative vorlegen: Bist du für das, was hier gemacht wurde, dann wähle die Regierungspartei — bist du es nicht, dann wähle die Opposition. Nicht nur, daß man diese einfache Frage bei uns übermäßig kompliziert, manchmal wird sie auch völlig verwischt, und dem Wähler die Möglichkeit geraubt, nach ihr zu entscheiden. Der Wähler des BHE mußte eine Woche nach der Wahl noch nicht, ob er nun für die sozialdemokratische Regierung oder gegen sie gestimmt hatte. — Man sage nun nicht, das interessiere ihn vielleicht gar nicht. Es sollte den Wähler jedenfalls interessieren, und es würde ihn interessieren, wenn ihm die klare Frage „dafür oder dagegen?“ vorgelegt werden würde. Das scheint aber doch ein gesünderes politisches Interesse als das für die Durchsetzung von Sonderinteressen zu sein. Hinzu kommt noch, daß der von den Sonder-Interessenten gewählte Abgeordnete dann doch nicht nur Politik für diese Interessen macht (wenn überhaupt!), sondern auch in allen anderen Fragen mitentscheidet, für deren Entscheidung er gar kein Mandat erhalten hat, in der sein Wähler vielleicht ganz anderer Meinung als er ist.

Wenn man diese aktuellen Folgen des Verhältniswahlrechts betrachtet (es gibt viel stärkere „klassische“ Argumente gegen dieses Wahlrecht), dann freut man sich erst so richtig an der Meldung, die SPD sei unter Umständen bereit, sich an Beratungen über die Einführung des Mehrheitswahlrechts zu beteiligen. Noch ist die Stellungnahme, die der 2. Vorsitzende der SPD, Mellies, abgab, sehr vorsichtig formuliert. Aber viele Leute fragen sich schon seit langem,

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE

SCHUMANN U. COBET

Frankfurt am Main · Börsenstr. 2-4 · Fernsprecher 9 1494

warum die SPD eigentlich gegen das Mehrheitswahlrecht ist. Die SPD hat unter dem Verhältniswahlrecht nicht die geringste Aussicht, jemals die Bundesregierung zu bilden. Sie kommt aus dem Turm der 33% nicht heraus; denn die mit Adenauer Unzufriedenen wählen eben je nach Geschmack FDP oder Zentrum (solange sie das können!). Eine Bundesregierung SPD-FDP aber ist ausgeschlossen, da auf Bundesebene das einigende Band der Kulturpolitik fehlt, der Trennungsfaktor Wirtschaftspolitik aber eine entscheidende Rolle spielt. Erst wenn die Entscheidung der Wähler „CDU oder SPD“ heißen wird, hat die SPD eine reelle Chance.

Hoffentlich kommt die Entscheidung der SPD nicht zu spät. Die kleinen Koalitions-Parteien, die um ihr Schicksal bangen, haben inzwischen mit dem Bundeskanzler eine Rückversicherung abgeschlossen: Mitarbeit in der Koalition nur, wenn kein Wahlgesetz gegen ihren Willen verabschiedet wird! — Die FDP allerdings ist in seltener Todesverachtung dabei, den Bundeskanzler dahin zu bringen, daß er sich mit Wonne für das Mehrheitswahlrecht einsetzen wird (und wenn nur, um Thomas Dehler aus dem Bundestag zu entfernen).

Im übrigen aber sollte man die Ausbootung der CSU in München nicht überschätzen. Wenn auch der Wahlkampf unter dem Aspekt der $\frac{2}{3}$ Mehrheit im Bundesrat geführt worden ist, und diese $\frac{2}{3}$ Mehrheit dem Bundeskanzler tatsächlich verloren gegangen ist — so hat sich doch in Bonn unabhängig von der Frage der Mehrheit im Bundesrat die Meinung durchgesetzt, daß die Wehrgesetze (nur für sie wird die verfassungsändernde Mehrheit gebraucht) auf keinen Fall gegen die SPD durch das Parlament gepeitscht werden sollten. Diese wesentliche Frage der deutschen Innenpolitik kann einfach nicht ohne die zweitgrößte deutsche Partei gelöst werden. Die SPD hat sich zwar bisher nicht klar geäußert, aber jedermann in Bonn ist überzeugt, daß sie sich der Mitarbeit an den Wehrgesetzen nicht wird entziehen können.

Nicht zu überbrücken aber ist der Gegensatz in der Außen-

politik, wobei man noch immer bemüht ist, die Wunderformel der Sowjets von der Koexistenz näher zu definieren.

Alle Parteien sind sich in einem wesentlichen Punkt einig: „Keine Koexistenz auf der Basis des status quo!“ — dennoch brachte es der Bundestag nicht fertig, diese Meinung in einer Resolution festzulegen, wie das beim 1. deutschen Bundestag in ähnlichen Fällen immer der Fall war. Diese Resolution aber wäre sehr wertvoll, denn es gibt zahlreiche ausländische Politiker, die mit einer Koexistenz auf der Basis der deutschen Teilung liebäugeln.

So aber bleibt der Eindruck, Opposition und Koalition sind in den entscheidenden Punkten nicht einig, obwohl sie — wie unser Beispiel zeigt — in einer ganz wesentlichen

Frage einig sind. Es ist nicht recht verständlich, warum das Parlament, das allen Anlaß hat, in außenpolitischen Fragen eine gemeinsame Linie zu suchen, diese Gelegenheit nicht genutzt hat, seine Einigkeit in dieser Frage vor aller Welt zu manifestieren.

Man kann doch aus diesem Verhalten nur den einen Schluß ziehen, daß es vielen Abgeordneten offenbar mehr um die Betonung der Trennungslinien als um die Erarbeitung von Gemeinsamkeiten geht. Wort für Wort muß hier wiederholt werden, was ich mit Enttäuschung in Nr. 8/IV sagen mußte: Diese Abgeordneten halten Politik für einen permanenten Wahlkampf!

Bruno

Unsittliches Staatsmonopol in Hessen

In der juristischen Fachschaftsversammlung am 14. Dezember 1954 wurde nach der eingehenden Behandlung der Studien- und Examenreform, auf die der DISKUS gesondert zu sprechen kommen wird, die Frage der Bezahlung der Gerichtsreferendare erörtert. Dieses Thema war schon bei einer politischen Versammlung vor den Hessischen Landtagswahlen aufgeklungen und hatte seither die angehenden Juristen besonders stark bewegt.

Die juristische Ausbildung zerfällt bekanntlich in zwei Abschnitte, das Studium und die Referenzzeit. Beide umfassen — die Zeit für die Absolvierung der Examina eingerechnet — in der Regel je vier Jahre. Volljurist ist nur, wer die ganze Ausbildung absolviert hat. Daraus erklärt sich, daß die Rechtsstudenten zu einer Diskussion über die Referendarbesoldung aktivlegitimiert sind; ist doch die Referenzzeit die notwendige zweite Stufe ihrer juristischen Ausbildung.

In der Fachschaftsversammlung ergab sich nun folgendes. Die Referendarbesoldung ist — wie die Angelegenheiten der Justiz im allgemeinen — Ländersache. Trotzdem hat der Bundesfinanzminister den Ländern empfohlen, an alle Beamte im Vorbereitungsdienst feste Sätze (für Ledige 230 DM und für Verheiratete 300 DM) zu zahlen, damit eine bundeseinheitliche Behandlung des Beamtenwachstums gewährleistet sei. Der Hessische Finanzminister hat dann auch einen entsprechenden Erlaß herausgegeben, der allerdings den Zusatz enthält: „Dies gilt nicht für Gerichtsreferendare“. Die hessischen Gerichtsreferendare haben mithin keinen Anspruch auf irgendeine Vergütung.

In den anderen Bundesländern sind die Verhältnisse wesentlich günstiger:

In Nordrhein-Westfalen erhalten alle Gerichtsreferendare von Beginn ihres Dienstantritts ab eine Besoldung, die die Bundessätze noch überschreitet.

In Niedersachsen und Hamburg werden ebenfalls vom ersten Tag der Ausbildung ab allen Referendaren die Bundessätze gewährt.

In Baden-Württemberg erhalten die Referendare vom ersten Dienstmonat ab 200 DM (Verheiratete 265 DM).

In Rheinland-Pfalz erhalten auch alle Referendare eine Besoldung, die allerdings wesentlich unter den Bundessätzen liegt. Bei Bedürftigkeit werden diese Sätze bis zu den Bundessätzen erhöht.

Die Regelung in Bremen ist dem Verfasser nicht bekannt, angeblich sollen aber auch dort an alle Referendare die Bundessätze ausbezahlt werden. In Berlin erhalten alle Referendare vom Diensteintritt ab 90 DM (Verheiratete 110 DM). Auf Antrag wird bei Bedürftigkeit und Würdigkeit eine zusätzliche eBihilfe bis zur Höhe der Bundessätze gewährt.

Im Haushalt des Landtags von Bayern ist für die Referendarbesoldung ein Betrag eingesetzt, der die Auszahlung der Bundessätze an alle Referendare ermöglicht. Ein Rechtsanspruch auf die Besoldung besteht dort freilich nicht.

Die ungünstigste Regelung haben Schleswig-Holstein und Hessen. In Hessen ist erforderlich:

1. ein Antrag,

Fortsetzung von Seite 1

Fakultät Frankfurt ausgearbeitet wurde. Dieser Entwurf schlägt eine gewisse Spezialisierung vor. Der Prüfungsstoff soll vermindert, die Zahl der Pflichtvorlesungen und damit der obligatorischen Prüfungsgegenstände soll auf bestimmte Grundgebiete beschränkt werden.

Die Grundgebiete sind: Bürgerliches Recht, Strafrecht, Verwaltungsrecht und Prozeßrecht. Außerdem sollen die Studenten Nebenfächer einer der folgenden Gruppen wählen:

1. Öffentliches Recht (Finanz- und Steuerrecht, Verwaltungsgerichtsverfahren, Beamtenrecht, Kommunalrecht, Kirchenrecht);
2. Justizrecht (Konkurrenzrecht, Freiwillige Gerichtsbarkeit, Digestenexegese, Internationales Privatrecht u. ä.);
3. Wirtschaftsrecht (Handelsrecht, Arbeitsrecht, Wertpapierrecht u. ä.).

Hat man sich ein Sondergebiet gewählt, wird man mit anderen Spezialstoffen verschont.

Dieser Vorschlag wird sicher allgemein begrüßt werden. Er stellt insofern einen günstigen Kompromiß dar, als er den Stoff erheblich einschränkt, dafür aber diesen Stoff solider mit den Grundlagen des Rechtsdenkens verbindet, als es bisher möglich war.

In anderen Wissenschaften hat sich die Spezialisierung übrigens durchaus nicht zum reinen Nachteil ausgewirkt. eBi den Naturwissenschaften hat gerade der Verzicht auf die alten Systeme zu den wichtigsten neuen Erkenntnissen geführt. Der bisher herrschende Ehrgeiz, das gesamte Recht zu lehren und in der Prüfung zu fordern, hat die Juristen auf manchen Gebieten der Praxis arg ins Hintertreffen gebracht. Eine intensivere Ausbildung im Spezialwissen, und ebenso die intensivere Forschung auf dem Spezialgebiet würden zweifellos das Ansehen der Universität überhaupt erneut heben.

Zu dem heiß umkämpften Thema „studium generale“ bemerkt der Entwurf lakonisch:

Die Fakultät verspricht sich nichts davon, daß neben eine technisch-juristische Ausbildung ein sogenanntes Studiengenerale gestellt war, das der Student nicht mit seinem Fachwissen verknüpfen kann.

Ein Tropfen Öl auf die Allgemeinbildungspanik vieler Kandidaten, daß gerade die Professoren diesen Satz geprägt haben!

2. eine Sperrfrist von 6 Monaten, die in aller Regel eingehalten wird,
3. Bedürftigkeit des Antragstellers, was hierzulande bedeutet: Bedürftigkeit seiner Eltern, während beispielsweise in Baden-Württemberg bei der Frage der Bedürftigkeit nur das Vermögen und Einkommen des Antragstellers oder seines Ehegatten berücksichtigt werden darf,
4. Würdigkeit, die bei schlechten Leistungen und bei „unbotmäßigem Verhalten“ verneint wird und
5. die ungeschriebene, aber wichtigste Voraussetzung: Vorhandene Etatmittel.

Daß auch in Hessen an alle Referendare ohne Ausnahme vom Tage des Dienstantritts an die Bundessätze gewährt werden, ist unsere Forderung, die energisch zu verfolgen die Aufgabe jedes Studenten und Referendars ist. Der Referendar ist Beamter mit allen Pflichten. Er kann nicht sagen, daß er Arbeitsgemeinschaften, Kurse und Sitzungen nicht mitmachen könne, weil er keine Besoldung bekomme. Er erhält nicht einmal Ersatz für die Unkosten, die ihm dadurch entstehen, daß er eine Schreibmaschine, sein Papier und sein Fahrzeug in den Dienst der Hessischen Justiz stellt oder ziemlich erhebliche Summen bei Bundes- und Straßenbahn investiert, um zu seiner Dienststelle zu gelangen. Dabei leistet der Referendar dem Staat Dienste, während die Ausbildung den Staat praktisch nichts kostet. Von den Arbeitsgemeinschaftsleitern abgesehen, ist es eine unbezahlte Nebenpflicht für Staatsanwalt und Richter, Referendare auszubilden. Die Ausbildung besteht dann meistens auch darin, daß der Referendar nach kurzer Anleitung die Arbeiten macht, mit denen der Inhaber des Dezernats eben nicht fertig wird. Ist ein Referendar beim Rechtsanwalt oder in der Wirtschaft tätig, dann erhält er auch Geld. Seine Arbeit ist also — wirtschaftlich betrachtet — etwas wert.

Außerdem geht es nicht an, das Ausbildungsmonopol so auszunützen, wie das in Hessen geschieht. Man kann auch Kindern wohlhabender Eltern nicht zumuten, im Alter von 25 Jahren noch wegen jeder Ausgabe die Eltern zu behelligen.

Die Schulgeldfreiheit bedeutet für die Gerichtsreferendare ein Danaergeschenk. Die 3000 Mark, die die Einführung der Schulgeldfreiheit für neun Jahre höhere Schule und 7 Semester Studium an Ersparnis bringt, nimmt der Staat in einem Jahr wieder ein, in dem er dem Referendar die Bundessätze vorenthält.

Die Fachschaftsversammlung hieß den Plan der Fachschaftvertreter gut, die jeden Studenten der juristischen Fakultät aufordern, zu seinem Landtagsabgeordneten zu gehen oder ihm zu schreiben und ihn mit diesem Problem bekannt zu machen. Denn der Landtag kann den übrigen deutschen Ländern folgend bestimmen, daß auch in Hessen die Regelung eingeführt wird, die als einzige für einen sozialen Rechtsstaat in Frage kommt: Jeder Staatsbeamte, auch solange er sich noch im Stadium der Ausbildung befindet, muß angemessen bezahlt werden.

Hoffen wir, daß viele Kommilitonen sich an der Aufklärungsarbeit beteiligen. Die Adressen der Landtagsabgeordneten erfahren Sie bei den Büros der politischen Parteien. Alexander Böhm

Sie sollen also künftig Banausen sein dürfen — Leute, die sich nur für Juristerei interessieren und kein Verständnis für irgendwelche geistigen Dinge aufbringen. Sie waren allezeit beliebtes Jagdwild für die Professoren, glücklicherweise aber nicht abzuschießen, denn Allgemeinbildung ist kein Prüfungsfach. Ich glaube, in solchen Banausen steckt ein gutes Stück Selbsterhaltungstrieb. Wer sein Studium selbst bezahlen muß und daher auch schnell fertig werden will, wer froh ist, wenn er das erwirbt, was man in erster Linie von ihm verlangt, nämlich eine gewisse Fertigkeit auf juristischem Gebiet, der wird wenig Zeit für etwas anderes übrig haben. Er wird auch das wissenschaftliche Denken, das er lernen soll, nicht als einen geistigen, sondern lediglich als einen Examens- und Fortkommenswert ansehen. Große Betrübnis herrscht darüber, daß neuerdings das Banausentum solchermaßen auch ins Innere der Einzelwissenschaft, eindringend ist und den Respekt vor dem Selbstwert des wissenschaftlichen Denkens angestrichelt hat.

Es hat gar keinen Zweck, den Studierenden daraus ein Prädikat geistig-sittlicher Minderwertigkeit auszufertigen und etwa von eindringlichem Zureden Änderungen zu erwarten. Solange es nicht gelingt, dem Studenten auch wirtschaftlich zu helfen, muß jede Reform hinken. So lange kann er auch das sogenannte Repetitorienunwesen nicht entbehren, das ihm ein genau auf die Prüfungen zugeschnittenes Wissen liefert und ihm damit hilft, Zeit für seinen notwendigen Gelderwerb zu erübrigen. Es wird zu oft vergessen, daß man vielleicht für, aber niemals von Idealen leben kann. Die erste Forderung jeder Reform muß daher immer sein, dem Studenten wirtschaftlich zu helfen. Erst danach kann man wieder höhere geistige Ansprüche an ihn stellen.

Manfred Baum

Anmerkung der Redaktion: Wir machen die Juristen darauf aufmerksam, daß die Studienreform und Referendarbesoldung auf der nächsten Fachschaftsversammlung Ende Januar behandelt werden.

Auch ein Signal

„Aber nun, meine Herren, etwas Wesentliches. Bedenken Sie die Belastung unseres Bundestages, die Zeitnot, in der wir ständig bei unseren Gesetzentwürfen stehen! . . . Und in dieser Zeit wollen Sie die schwierigste Materie der Gesetzgebung auch noch dem Bundestag aufladen?“, mahnte der Sprecher der CDU gegen die dünne Stimme eines parlamentarischen Phantasten, der zu erinnern wagte: „Das ist doch unsere Aufgabe!“. Aber gegen so viel Adel der Gesinnung war nicht anzukommen. . . . „Wir sind uns der Verantwortung der Gesetzgebung gegenüber dieser schwierigen Aufgabe so bewußt, daß wir sie dem überlasteten Bundestag in den nächsten Jahren nicht aufladen zu können glauben . . .“

Das ist kein schlechter Witz, sondern wörtliches Zitat. Auch keine beiläufige Randbemerkung in einer bundestäglichen Märchenstunde, sondern grundsätzliches Argument.

Freilich nicht gegen die Wehrgesetzgebung, wie die Superlative der Wichtigkeit vermuten ließen. Hast und Betriebsamkeit in dieser Frage zeigen vielmehr, daß man sich „der Verantwortung der Gesetzgebung gegenüber dieser schwierigen Aufgabe so bewußt“ noch nicht ist.

Zur Diskussion stand die einheitliche Regelung des Erziehungswesens, der ersten staatlichen ‚Rekrutierung‘ der Jungen und Jüngsten. Die wirre Vielfalt der Methoden, der Schulbeginne und -systeme, der Lehrpläne und Lehrerausbildung hatten einige Parteien öffentlich zu benörgeln gewagt. Sie dachten an die Notwendigkeit eines gemeinsamen Bildungszieles und mißbilligten die mannigfachen Unbequemlichkeiten für Zöglinge und Erzieher. Sie forderten einen Bundesunterrichtsminister und beharrten auf einer ernsthafte Diskussion dieser wichtigen Probleme im Bundestag, der gesetzgebenden Körperschaften also. In der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder sehen sie nur noch ein unverbindliches Unternehmen und zweifeln nun, nach neun Jahren, am guten Willen, die Praxis den gewonnenen Einsichten anzugleichen.

Die stärkste Regierungspartei kündigte vor aller Diskussion souverän die Ablehnung aller Anträge an und hielt selbst die Überweisung an die Ausschüsse für überflüssig. Der Unwille, daß überhaupt solche Fragen berührt wurden, war unverkennbar. In der Begründung wurden alle wirklichen Probleme zu Bagatellen. Unter Beifall wollte der Sprecher nichts von akuter Schulraumnot wissen und gedachte gerührt einiger Neubauten, sogar auf dem Lande. Die fünfzig und mehr Schulsysteme hielt er für ein Symptom der schöpferischen Kraft, die an ihrer Entfaltung nicht gehindert werden dürfe. Gerade bei der Erziehung sei „das Wesentliche die schöpferische Arbeit des einzelnen . . . auf Grund von Wissen, Erfahrung, Veranlagung und Hingabe an den Beruf“. Für kühne Neuerer war das ein Freibrief zur Gründung des 56. Schulsystems nach ihrer Privatideen.

Mancher Beobachter mochte sich dagegen auch bei den Bundestagsabgeordneten etwas mehr „schöpferische Arbeit des einzelnen . . . auf Grund von Wissen, Erfahrung“ wünschen, als hier bewiesen wurde. Die Fraktion war schlecht beraten, als sie sich mit diesen ärmlichen Phrasen vertreten ließ und ihren ganzen Einfallsreichtum im applaudierenden „Sehr richtig!“ konzentrierte. Die Abgeordneten belächelten die Pressestimmen, die eindrucksvolle Beispiele dieses Schulchaos gaben, und schienen gar noch zu glauben, die absolute Mehrheit der Septemberwähler hätte ihnen das Recht zu solch selbstgefälliger Ignoranz gegeben. Einig mit ihnen war zudem die Opposition, die sich auf die Formulierung von fünf Sätzen zur Verfahrensfrage beschränkte . . . und der Geist ihrer Länderkultusminister schwebte über allen.

Diese dürfen sich nunmehr noch einige Jahre ständig treffen. „Nach Jahr und Tag“ will man dann weiter sehen. Auch die Wiedervereinigung scheint hier nicht ernstlich dazwischen kommen zu können. Vielmehr fürchtete der CDU-Sprecher, „daß der Vorbereitungen schon zu viele sind, die in dieser Hinsicht laufen“. Kurzum man beruhigte sich schnell mit dem wohl billigsten Gefasel über das Bewußtsein der Verantwortung und empfahl statt Reformen die „Schulpflege“.

Anschließend genehmigte man Sondersignale für Krankenwagen . . . und entfaltete nun viel Sinn für rechtzeitigen operativen Eingriff zur Heilung des Patienten. Vielleicht hätte man die Reihenfolge der Tagesordnung umstellen sollen.

E. Pause

☆

... allein mir fehlt der Glaube

Der Krawall um Sawall ist bekannt. Der zurückgetretene erste Vorsitzende des VDS hat sich kurz nach seiner Abdankung in Ostberlin mit dem ersten Vorsitzenden des Zentralrates der FDJ, Erich Honnecker, über Möglichkeiten der Verständigung zwischen ost- und westdeutschen Studenten unterhalten. Solche zunächst informativen Gespräche können durchaus sinnvoll sein, und es finden sich mehr und mehr Stimmen, die solche Zusammenkünfte fordern. Es ist also wenig gegen Sawalls Versuch zu sagen, zumal sich inzwischen herausgestellt hat, daß er sein Gespräch unter privater Verantwortung führte. Freilich mußte er sich darüber im klaren sein — und war es wohl auch —, daß sein Vorgehen noch immer leicht mit der offiziellen VDS-Politik in Zusammenhang gebracht werden konnte.

Trotz dieses Schönheitsfehlers hätte Sawalls Gespräch in der Bundesrepublik eine intensivere Diskussion über die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit solcher Annäherungen auslösen können, wenn das „Forum“, die offizielle Studentenzeitung der DDR nicht so schrecklich ungeschickt wäre. Um eines flüchtigen Triumphes willen hat es in großer Aufmachung berichtet, daß der geschäftsführende Vorsitzende des VDS, der offizielle Vertreter also, eine Aussprache über die genannten Punkte mit Erich Honnecker erbeten und geführt habe.

Die Studenten der Bundesrepublik sind noch weniger als andere zufrieden damit, daß sich ost- und westdeutsche Universitäten in mehr als ihrer geographischen Lage unterscheiden, und wollen gerne etwas dafür tun, daß der Unterschied wieder darauf reduziert wird. Sie sind sich nur nicht sicher, ob auf der anderen Seite der Zonengrenze die Propagierung der Meinung durch die maßgeblichen Stellen von der gleichen Ehrlichkeit getragen wird. Ist dies der Fall, kann der Wille der Studentenschaft bahnbrechend wirken. Solange man es aber in Ostberlin für richtig hält, sich solcher offensichtlicher Fälschungen zu bedienen, wird hier auch der Bereitwilligste verstimmt bleiben.

W. Schaffernicht

Irrwege

Das Dienstalder der Richter an unseren Bundesgerichten wurde im Dezember auf 70 Jahre festgelegt. Geeigneter Nachwuchs fehle; die Dienste der Amtierenden seien somit im Interesse der Kontinuität der Rechtsprechung noch nicht entbehrlich. Soweit die Begründung.

Die Besorgnis um Einheit und Geschlossenheit unserer Rechtsprechung ist zu begrüßen. Aber ist der Rechtsprechung allgemein damit gedient, daß 35 Bundesrichter nicht jetzt, sondern erst in einigen Jahren in den verdienten Ruhestand treten? Ist es richtig, daß auch die Kollegen und Nachfolger dieser 35 ebenfalls länger als sonst üblich im Staatsdienst verharren? Wird z. B. ein an einem Oberlandesgericht amtierender Richter in den Bundesgerichtshof berufen, dann gibt es ein allgemeines Aufatmen und -rücken. Die frei gewordene Stelle wird neu besetzt; eine andere wird frei, die zu besetzen ist, und so setzt sich die Welle fort bis an das letzte Amtsgericht. Bleiben nun die Spitzen länger im Amt, dann werden damit zahlreiche Aufstiegsmöglichkeiten verstopft. Das aber ist ein ernst zu nehmender Vorwurf. Weil die Aufstiegschancen und damit die Möglichkeiten größeren Verdienstes im Staatsdienst so gering sind, wandern viele fähige Juristen in die Wirtschaft oder den freien Beruf ab. Ergebnis: Die Gerichte haben Mangel an qualifiziertem Nachwuchs.

Wird das Problem gelöst, indem man es vertagt und die vorhandenen Richter länger amtierend läßt? Daß sich der jetzt angeblich nicht vorhandene Nachwuchs in den nächsten Jahren plötzlich einfindet, ist allein in Anbetracht der Laufbahnansätze eine zu optimistische Erwartung. Es ist auch nicht anzunehmen, daß bei Nachwuchsrichtern eine bislang vermißte richterliche Begabung plötzlich zum Durchbruch kommt. Was wird also, wenn die jetzt im Dienst belassenen Bundesrichter wirklich in den Ruhestand treten? Die getroffene Lösung beseitigt zwar eine augenblickliche Verlegenheit, beschwört aber eine weit größere herauf, weil das Problem, den geeigneten juristischen Nachwuchs am Staatsdienst zu interessieren, damit nicht vereinfacht wird.

M. Sabotka

☆

Aufruf zur Landflucht

In hessischen Gemeinden mit weniger als 20 000 Einwohnern ist seit dem 7. Dezember 1954 das Treiben von Unzucht zum Erwerb verboten. Zum Schutze der Jugend, sagt die Verordnung. Was viele nicht wissen: Ich treibe Unzucht, du treibst Unzucht usw., kann man durch alle Fälle hindurchkonjungieren und praktizieren — je nach Zeitläuften ist es mehr oder weniger verwerflich, aber nicht strafbar.

Besonders verwerflich ist seit jeher die Unzucht zum Erwerb. Honoriert wird sie von Ehrenmännern, aber der unterliegende Teil ist oft auch der geprellte und hat zum Schimpf noch den Schaden. Durch die Verbreitung der allgemeinen Unzucht war nach dem ersten Weltkrieg die gewerbliche stark geschädigt, zum Teil sogar als Institution bedroht. Erst der Einbruch pruderer Völker in unser Land hat sie seit 1945 wieder in alter Pracht und Schande erstehen lassen, Schande auch deshalb, weil selbst die weniger an der Unzucht Interessierten unter dem plötzlich eingetretenen Mangel an weiblichem Hauspersonal zu leiden haben.

Dem abhelfen will anscheinend die Verordnung. Wenn es nämlich wirklich darauf ankäme, die Jugend vor der Berührung mit der gewerbsmäßig betriebenen Unzucht zu bewahren, dann müßte sie für Großstädte bestimmt sein und nicht für kleine Ortschaften, in denen es ohnehin keine Erwerbsunzucht gibt, schon weil sie sich nicht rentieren würde. So aber kann die Verordnung nur den Landmädchen klarmachen, daß sie entweder ehrbare Dienstmädchen, Plätterinnen, Wäscherinnen zu werden, oder aber zum Erwerb aus Unzucht bis zur Stadt zu fahren haben.

K. Walter



RHEIN-MAIN BANK

AKTIENGESELLSCHAFT

FRÜHER DRESDNER BANK

Frankfurt a. M., Gallus-Anlage 7

Fernsprecher: Ortsverkehr 30061, 30221, Fernverkehr 30231

Depositenkassen in Frankfurt a. M.:

Mainzer Landstraße, Mainzer Landstraße 93 · **Opernplatz**, Große Bockenheimer Straße 37 – 39

Roßmarkt, Roßmarkt 14 · **Schweizerstraße**, Schweizerstraße 27 · **Großmarkthalle**, Rückertstraße 4, Westanbau

55 Niederlassungen im süddeutschen Raum



Die Republikflüchtigen

„Das ist das einzige, was ich noch hab': meinen FDGB-Ausweis und das Bild hier von meiner Alten.“ Mit diesen Worten hält mir der Flüchtling, dem ich am ersten Abend im Aufenthaltsraum der Baracke am Tisch gegenüber sitze, seine letzten Besitztümer hin.

Ohne Mißtrauen und recht kameradschaftlich begegnen mir alle, die im Durchgangslager für jugendliche Flüchtlinge aus der Sowjetzone auf ihre „Ausschleusung“ warten. Sie wissen nicht, daß ich Westdeutscher bin und wie einer von ihnen das Lager durchlaufe, um zu erfahren, was sie denken.

Das Herumsitzen im Tagesraum nimmt ein Ende, als zum Abendessen gerufen wird. Es gibt Eintopf nach Belieben; Brot, Wurst, Margarine sind zugeteilt; die Rationen werden für jeden Tag bis aufs Gramm genau am schwarzen Brett bekanntgemacht. Nur den Kaffee aus angeschlagenen, rissigen Emaillegefäßen zu trinken, ist unangenehm.

Beim Essen schwärmt einer von den Koteletts, von Kuchen und Sahne, die es beim Ami gegeben habe. „Die Amerikaner brachten mich für eine Woche in ein Hotel bei X., und da habe ich ihnen zufällig etwas erzählt über Depots und Kasernen, von denen ich zufällig etwas wußte. Ist das nun Verrat? Es ist doch gegen die Sowjets“, verscheucht er seine Zweifel wieder.

Ein anderer, ehemaliger FDJ-Führer, erzählt die Geschichte, wie er in Westdeutschland Spionage für den Osten treiben sollte. „Tagsüber hätte ich zu arbeiten gehabt und abends nur ein paar kleine Berichte zu schreiben. Verstehst Du, nur ein paar kleine Berichte. Aber ich hatte Angst, da bin ich lieber getümt. — In Westberlin sollte ich meinen Fluchtgrund beweisen. Als das nicht gelang, zitierten sie einfach einen meiner alten Vorgesetzten, der auch prompt im Westen erschien, um für mich auszusagen. Du glaubst ja nicht, wie viele zu Haus für den Westen arbeiten.“

Für die Zeit nach dem Abendessen steht ein Lustspiel im Fernsehfunk des NWDR auf dem Programm des Tages: Operettenkulissen, Sex und Intrige. Die Flüchtlinge kommen sich vor wie in eine andere Welt versetzt.

Am nächsten Morgen um sechs Uhr dreißig gehen die Betreuer durch die Baracken des Lagers und wecken, „nicht militärisch, aber kurz und markant“. „Aufstehen, aufstehen, kommt hoch Leute, los, kommt hoch...“ Aus Angst, einen schlechten Eindruck zu machen, sind alle in kürzester Zeit aus dem Bett. Schon wird das Morgengebet gesprochen, während die noch fast Schlafenden stumpf oder grinsend im Nachthemd vor ihrer kissenlosen Pritsche stehen. „Der Allmächtige möge uns an diesem Tage die Kraft geben, daß wir...“ — Nach dem Aufstehen ein „prima Bettenbau“.

„Irgendwann muß man doch mit der religiösen Rückgewinnung beginnen“, sagt mir später der Leiter der Jugendabteilung, als ich ihn auf das Unpsychologische der Maßnahme hinweise. Wir sind darüber einig, daß im Lager die Arbeit geschickter Jugendpfarrer beider Konfessionen nötig und trotz allem erfolversprechend wäre.

Wäre, wäre, wäre. So ist es mit vielem. Es wäre wünschenswert, daß irgend jemand das Lager mit Tageszeitungen, Illustrierten und Jugendzeitschriften versorge. Es wäre gut, wenn kein Jugendlicher die Lager verläßt, ohne die Möglichkeit gehabt zu haben, mit einem Menschen, zu dem er Vertrauen faßt, ausführlich über seine neue Lage zu reden. Es wäre nötig, bei den desorientierten Flüchtlingen in gründlichen Aussprachen Verständnis für die staatliche und soziale Ordnung der Bundesrepublik zu wecken. Aber es kommt nicht dazu. Die Betreuer, die ihre schwere Arbeit bei geringem Gehalt tun, sind überlastet und finden nicht die Zeit Probleme des westdeutschen Jugend- und Arbeitslebens, rechtlich und politische Fragen mit den Jungen ausreichend zu besprechen.

Werktags wird im Lager und den Werkstätten, die zum Lager gehören, acht Stunden gearbeitet. Am Sonntag ist Freizeit. Die Betreuer haben Ruhe, und wir ziehn auf den acht Kilometer entfernt liegenden Segelflughafen, im ausgelassenen Gänsemarsch. „Drei, vier, ein Lied!“ Und dann singen wir „Liedgut aus Ost und West“, immer abwechselnd FDJ-Lieder, Volkslieder, Schlager: — „Spaniens Erde“, „Florentinische Nächte“, „Baut auf“ und „Mecki“, ein paar Nationalhymnen und „In der Heimat, in der Heimat, da gibts kein Wiedersehen“. Rias und Sender Leipzig werden voll Übermut parodiert. Hier, auf der öden Straße in einer Gegend von Deutschland, die für die Flüchtlinge eine terra incognita ist, beim ironischen Gleichschritt aus der kommunistischen Vergangenheit in die ungewisse Zukunft, erfaßt alle wie ein Rausch dieses Gefühl: wir wissen Bescheid, wir lassen uns nichts mehr erzählen, wir stehen endgültig jenseits der großen Ideologien.

Mit solcher Vorurteilslosigkeit gehen die Mitteldeutschen an die Verhältnisse in der Bundesrepublik heran. Sie lassen sich überraschen. Und wenn man nicht durchkommt, wenn „es hier auch nicht besser ist als zu Hause“, dann muß man eben zurückgehen — wenn das dann noch möglich ist.

Die Flüchtlinge stecken voller Fragen. Wie ist hier der Lebensstandard, wie wird sich die Bevölkerung uns gegenüber verhalten, werden die Mädchen uns nicht stehen lassen, weil wir „nur Flüchtlinge“ sind — das wollen sie wissen. „Flüchtlinge und Kartoffelkäfer wird man nie los“ — dieses peinliche Sprichwort geht im Lager von Mund zu Mund.

Bisher haben weder die Bevölkerung Westdeutschlands noch alle zuständigen Behörden das Problem der Flüchtlingsjugend in seiner pädagogischen und politischen Bedeutung erkannt. Es sollte nicht mehr vorkommen, daß ein Beamter, der selbst mit der Verwaltung eines Lagers betraut ist, Erklärungen wie die folgenden abgibt: „Sehn wir doch realistisch. Die Jugendlichen kommen aus Abenteuerlust, und wir können sie nicht zurückschicken. Deshalb vermitteln wir sie, so gut es geht, in Arbeit. Im übrigen sind sie alt genug, um

Fortsetzung von Seite 1

Subvention schafft Verantwortung

Politische und menschliche Ignoranz

Mit Freude und Genugtuung muß festgestellt und als Beweis für den Wandlungsprozeß innerhalb der Korporationen, wenn nicht als Zeichen einer schon zum Teil vollzogenen Umwandlung erachtet werden, daß die inquisitorisch-hochnotpeinliche Befragung ohne Rücksicht auf eine sonst so sehr beachtete Verbandsdiplomatie höchst präzise beantwortet wurde. Mit der Äußerung des Chefredakteurs der Burschenschaftlichen Blätter, Dr. Amberger, „daß die Frage des 20. Juli erst nach Eröffnung der Archive geklärt werden kann und noch nicht für eine Stellungnahme durchreif“ sei, kam auch die unbelehrbare Seite der Altherrenschaft — „politische und menschliche Ignoranz“, wie sie ein Redner bezeichnete — zu Wort; doch blieb diese Stimme allein. Die Aktivitas der Deutschen Burschenschaft distanzierte sich eindeutig von ihrem Altherren-Chefschreiber. Hoffentlich bleibt sie auch siegreich in dem „Kleinkrieg mit Herrn Dr. Amberger“ und Altherrenvertretern, wie dem unentwegten Festredner vom Regensburger Burschentages im Sommer dieses Jahres. Der hochschulpolitische Referent der DB, cand. phil. Wreden, berichtete auch davon mit Sorge, aber doch voll Hoffnung und Optimismus.

Offene Aussprache ist möglich

Der VDS hat nun für die nächsten Monaten eine große Aufgabe bekommen. Er muß nicht nur ein neues Gespräch vorbereiten — wie es der Wunsch aller Teilnehmer war —, sondern aus den zuweilen noch recht deklamatorischen Worten der Spitzenvertreter aller studentischen Verbände das herausfinden, was an Gemeinsamkeit zu einer aktiven Zusammenarbeit taugt. Jetzt liegt die politische Aufgabe des VDS zum wenigsten in einem Abwehren extremistischer Elemente, zumal sie da, wo man sie vermutet, kaum mehr zu finden sind. Sie liegt auch nicht gerade im Aufpäppeln staatspolitisch wertvoller Finkelkinder mit der Flasche Bundesjugendplan. Sondern er muß — nein, wir alle müssen diese begonnene hochschulpolitische Diskussion in Gang halten und die breiteste Schicht aller Immatrikulierten dazu bekommen, ob sie nun mit oder ohne Mütze und Band die alma mater bevölkern. In Fragen der Hochschul- und Examensreform, auch in den gesamtdeutschen Studentenanliegenheiten, in den Problemen Student und Wehrbeitrag, staatspolitische Erziehung und anderen gibt es vermutlich viel mehr Gemeinsames, als das bisher gegenseitige Anschweigen glauben ließ. Es sollte in den Verbänden und öffentlich diskutiert werden, um dann der Generalvertretung der Studenten zur Meinungsbildung und als Rückhalt zu dienen.

Man soll sich nicht genieren, in solchem Zusammenhang auch die Finanzierung solcher staatspolitisch wertvollen Aktivitäten richtig einzuschätzen. Bisher sind Subventionen aus dem Bundesjugendplan den Korporationen so gut wie verschlossen geblieben, wogegen die politischen Verbände und der VDS weitgehend an dieser Futterkrippe partizipierten. Es soll hier nicht einer grundlegenden Änderung das Wort geredet werden, zumal die Richtlinien zur Subvention geeigneter Programme von Jahr zu Jahr variiert worden sind. Aber sollte nicht die Theorie (mit negativen Vorzeichen allerdings) „Wess' Brot ich nit ess', dess' Lied ich nit sing“ hier Aufklärung geben können? Wenn man abseits steht und zuschauen muß, wie die anderen an der Krippe schmausen, so mag schon der Gedanke laut werden:

auf sich selbst zu achten. Zu weiteren Eingriffen hat der Staat weder das Recht noch die Pflicht“, und mit einem gedankenvollen Blick aus dem Fenster, „ja — wenn wir erst eine Armee hätten, dann wäre alles viel einfacher.“ Es gibt sie häufiger, als man denkt, diese Einstellung: wer sich nicht einleben kann, dem ist eben nicht zu helfen, es sei denn, er ist ein „Sozialfall“.

Mit der bisher geübten Methode der Eingliederung konnte trotz Aufwendung erheblicher Mittel nicht verhindert werden, daß ein großer Prozentsatz der Jugendlichen nicht Fuß faßt. Hunderte enttäuschter junger Menschen gehen monatlich den Weg zurück durch den Eisernen Vorhang nach Osten, wo man sie nur ehrlich berichten zu lassen braucht, um die gewünschte propagandistische Wirkung gegen den Westen zu erzielen.

Das Gros der jungen Einzelwanderer wird nicht von den Widerstandskämpfern gestellt, auch nicht von den „Asozialen“, wie noch manchmal behauptet wird, sondern die allermeisten sind Jugendliche wie die westdeutschen auch; nur kommen sie aus einer kollektivistischen Ordnung und müssen nun — so frühreif und unfertig wie sie sind — auf sich allein gestellt im unbekanntem Terrain um ihre Erhaltung kämpfen.

Reimar Lenz

Subventionierst Du mich, so werde ich auch kein Staatsfeind mehr sein!

Daß solche Überlegungen keineswegs taktlos sind, beweisen die Äußerungen des Frankfurter Oberfinanzpräsidenten Dr. Theodor Maier, Alter Herr des KV, auf einem Festkommers der Altakademiker-Verbände in Bochum im Oktober letzten Jahres. Dort nimmt Dr. Maier den Bundesinnenminister beim Wort und fordert von ihm, „uns aus seinem Bundesjugendplan die Mittel zu geben, um die gesamten Aktiven aller Verbände geschlossen an solchen Tagen (gemeint sind staatspolitisch wertvolle Tagungen, Anm. d. Red.) teilnehmen zu lassen“. Daneben fordert Präsident Maier von seinen Bundesbrüdern: „Eines werden wir wohl alle in unseren Verbänden tun müssen, unsere betont unpolitische und neutrale Haltung in eine betont staatsbewußte Haltung zu wandeln.“

„Großdeutschlands göttliche Gesetze“

Wenn auch nicht vom Bundesinnenminister, so aber doch von einem Bonner Ministerium wurde vermutlich die große gesamtdeutsche Herbsttagung der Deutschen Burschenschaft in Berlin „Das ganze Deutschland soll es sein“ unterstützt. Ca. 400 Aktive und Alte Herren aus der Bundesrepublik und der Ostzone kamen dort zu einem Treffen, teils Kundgebung, teils Arbeitstagung zusammen. Wenn es z. Z. auch kaum eine reale Möglichkeit zu einer Wiedervereinigung gibt, so wurde hier doch das Wollen zu einer Wiedervereinigung in aufrechter Weise demonstriert. „Gefährliche“ Themen, wie die „Haltung der vier Besatzungsmächte in Fragen der Wiedervereinigung“ gingen sachlich und ohne nutzlose Entrüstungsdemagogie über die Bühne. Besonders die Ausführungen von Dr. Silex über seine „Zeitzündentheorie“ bei der Verabschiedung der Pariser Verträge und die politisch und staatsrechtlich aufschlußreichen Worte Prof. Wenglers von der Freien Universität dienten dem Ziele der Tagung, „zu einer unabhängigen, nüchternen politischen Meinungsbildung beizutragen“.

Nur der BHE-MDB und AH-DB Gille wollte oder konnte nicht so schnell von seinem Berliner Wahljargon auf die bis dahin sachliche Atmosphäre der Tagung umschalten. Seine Forderung nach Wiedervereinigung bezog sich auch auf Gebiete, die „nach geschriebenen und göttlichen Gesetzen zu Deutschland gehören“. Die 1937er Grenzen schienen ihm indiskutabel, und hinter den Nebelfetzen seiner Gedanken tauchte ein noch größeres Großdeutschland auf. Der Beifall der Alten Herren riß die Aktivitas mit.

Vermerkt sei aber auch ein dreistes Beifallklopfen an einem Tisch skeptischer Aktiver, zu den rhetorischen Worten Gilles, „Ich möchte nun zum Ende meiner Ausführungen kommen!“ das mit einem beschwichtigenden Zischen entsetzter Alter Herren niedergehalten wurde. Man hatte wohl nicht nur an diesem Tisch die Propagandarolle des Urburschen Gille spitzbekommen.

20. Juli in Permanenz

Wie gesagt, hier könnten Subventionen des Bundes Früchte tragen. Wenn das Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie aus dem Deklamatorischen heraustreten und zu echter Mitarbeit werden soll, wäre die Beurteilung und Unterstützung der staatspolitischen Erziehungsarbeit der Korporationen auf einigen Sektoren einer Revision zu unterziehen.

Das Bekenntnis zur Tat des 20. Juli sollte zum Angelpunkt der gesamten staatsbürgerlichen Erziehung gemacht werden. Bisher wollte man in Deutschland so wenig begreifen, daß ein dauerndes Bereitsein zum Widerstand gegen die Allmacht des Staates, ein „20. Juli in Permanenz“, der Kern der Demokratie überhaupt ist. Dabei kann es sich nicht darum handeln, Rebellen heranzuziehen, sondern real denkende Bürger, die ihre Verantwortung gegenüber dem Staat durch ständige, lautere Kritik kundtun. Die tätige Mithilfe wird dann nicht ausbleiben.

Egon Johannes

DAS SIEGEL ist seit altersher ein Kennzeichen für die Echtheit. In gleichem Sinne bürgt auch unsere Schutzmarke für die stets zuverlässige Qualität aller unserer Erzeugnisse.



FARBWERKE HOECHST AG, vormals Meister Lucas & Rüning Frankfurt (M)-Hoechst

Zum Neuen Jahr!

Unseren Mitgliedern und Förderern wünschen wir ein glückliches und gesegnetes neues Jahr.

Wir verbinden damit unseren herzlichen Dank für das Interesse und Wohlwollen, das unsere Mitglieder und Freunde uns im abgelaufenen Jahre entgegengebracht haben, sowie für die großzügige finanzielle Unterstützung, die es uns ermöglicht hat, zahlreiche und wertvolle Vorhaben der Johann Wolfgang Goethe-Universität und ihrer Institute zu verwirklichen.

Die Entwicklung der Vereinigung hat auch im abgelaufenen Jahre wesentliche Fortschritte gemacht, was schon aus der Tatsache ersichtlich ist, daß unser Mitgliederbestand sich von 478 Ende 1953 auf 672 Ende 1954 erhöht hat. Wir hoffen, auch im laufenden Jahre durch die Hilfe unserer Mitglieder und Förderer weiter erfolgreich arbeiten zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Vereinigung von Freunden und Förderern
der Johann Wolfgang Goethe-Universität
Frankfurt am Main e. V.

VEREINIGUNG VON FREUNDEN U. FÖRDERERN DER JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT E. V.

Prof. Dr.-Ing. Karl Karas, Darmstadt, Techn. Hochschule
Prof. Dr. med. Werner Siede, Darmstadt, Elisabethenstift
Textildruckerei GmbH., z. Hd. v. Herrn Horst Zimmer, Frankfurt am Main,
Mainzer Landstraße 147
Ministerialrat Dr. Albert Krebs, Oberursel (Taunus), Am Hang 13
Direktor Carl Otto Pape, Vors. d. Vorst. d. Frankf. Vers. AG.,
Frankfurt am Main, Taunusanlage 20
Heinz Teves, Mitinh. der Fa. Alfred Teves Maschinen- und Armaturen-
fabrik KG., Frankfurt am Main, Rebstocker Straße 41-53
Bankhaus B. Metzler seel. Sohn & Co., Frankfurt am Main,
Neue Mainzer Straße 40-42
Doz. Dr. Ernst Schönhals, Wiesbaden, Mainzer Straße 25
Karl Vonderbank, Frankfurt am Main, Schlosserstraße 19
Direktor Dr. Constantin Jacobi, Frankfurt am Main, Frauenlobstraße 15
Dr. Emmy Huber, Frankfurt am Main, Weberstraße 4
Prof. Dr. Franz Michels, Wiesbaden, Alwinenstraße 8 ptr.
Südwestdeutsches Kunstharz-Werk Dr. Elbel GmbH., Frankfurt am Main,
Daimlerstraße 32

Aus der Arbeit des Asta

Als kleine Hilfestellung für die Neuimmatrikulierten wurde vom Asta eine Unterweisungsversammlung mit Erfolg durchgeführt. Die Redner unterrichteten die Studenten über Aufgaben und Zweck der studentischen Selbstverwaltung, des Studentenhauses, der religiösen Einrichtungen unserer Universität, des Studentenwerks, der Neuen Bühne und des Filmstudios.

Das Parlament hat einstimmig einen Beschluß vom 9. 7. 1952 aufgehoben, der ein Auftreten des Kabarets „Die Amnestierten“ verbot.

Die in Zusammenarbeit mit den Studentengemeinden durchgeführte Weihnachtssammlung für bedürftige Kommilitonen erbrachte 722,91 DM. Davon erhielten: der Asta 40%, die beiden Studentengemeinden je 30% (Päckchenaktion Ostzone). Der auf den Asta entfallende Betrag wurde aus Mitteln des Sozialfonds auf 350,— DM erhöht und an bedürftige Kommilitonen verteilt.

In den Schnelldienst wurden die vom Asta vorgeschlagenen Vertreter Fräulein Berg und Herr Seidenberger gewählt. Vom

Über ein halbes Jahrhundert Hoch- und Niederspannung

SCHALTANLAGEN
SCHALTGERÄTE
INSTALLATIONSMATERIAL
ELEKTROWÄRMGERÄTE



VOIGT & HAEFFNER AG
FRANKFURT MAIN

Hochschulnachrichten

Diplom-Politologe oder diplomatus scientiae politicae?

Der Berliner Senator für Volksbildung, Prof. Tiburtius, teilte mit, daß für die Absolventen der Hochschule für Politik entweder der Titel Diplom-Politologe oder diplomatus scientiae politicae (dipl. sc. pol.) verliehen werden soll.

Rechtswissenschaftliche Fakultät

Prof. Dr. jur. Helmut R i d d e r wird an der Law School der Georgetown University, Washington, im Frühjahrssemester 1955 Gastvorlesungen halten.

Medizinische Fakultät

Prof. Dr. Dr. Oscar G a n s wurde von der Dermatological Association of Australia (British Medical Association), Sydney, zum Ehrenmitglied gewählt.

Die Lybische Regierung hat Prof. Dr. Wilhelm F ö l l m e r die Stelle des General Director of Medical Services of Lybia und des Chief Surgeon Obstetrician of Cyrenaica angeboten. Prof. Föllmer hat die Stelle angenommen und ist für die Dauer von 3 Jahren von seiner Lehrtätigkeit beurlaubt worden.

Philosophische Fakultät

Dr. Otto L e n d i e, Marburg, erhielt einen Lehrauftrag für „Lateinische Sprach- und Stilübungen“.

Naturwissenschaftliche Fakultät

Prof. Dr. Edwin R a u s c h wurde zum außerordentlichen Professor ernannt und auf den neu errichteten Lehrstuhl für Psychologie berufen.

Regierungsrat Dr. Georg S c h l i e b e erhielt einen besoldeten Lehrauftrag für „Betriebs- und Arbeitspsychologie sowie pädagogische Psychologie“.

Gießen

Auf den Lehrstuhl für Allgemeine Pathologie und Pathologische Anatomie wurde als Nachfolger für den em. Prof. Dr. Georg Herzog Prof. Dr. Wolfgang R o t t e r, Kiel, berufen.

Prof. Dr. Rudolf W e t z e l wurde auf den neuerrichteten Lehrstuhl für Veterinär-Parasitologie, Bienenkunde und Bienenpathologie berufen.

Dozent Dr. phil. Gerhard H e i l f u r t h, Leiter der Ev. Sozialakademie Friedewald, wurde ab Winter-Semester 1954/55 ein Lehrauftrag für Sozialwissenschaft in der Allgemeinen Abteilung erteilt.

Für das Amtsjahr 1955/56 hat die Naturwissenschaftliche Fakultät den Ordinarius für Botanik, Prof. Dr. Dietrich v o n D e n f f e r, zum Dekan gewählt. Sitzungsgemäß übernimmt der derzeitige Dekan, der Ordinarius für Zoologie, Prof. Dr. W. E. A n k e l, das Amt des Prodekanen.

Die Landwirtschaftliche Fakultät hat den Ordinarius für Tierzucht, Prof. Dr. Leopold K r ü g e r, zum Dekan und den Ordinarius für Landwirtschaftliche Betriebslehre, Prof. Dr. M. R o l f e s, zum Prodekan wiedergewählt.

Die Veterinärmedizinische Fakultät hat den Ordinarius für Veterinärhygiene und Tierseuchenlehre, Prof. Dr. Elmar R o o t s, zum Dekan gewählt. Zum Prodekan wurde der Ordinarius für Tierärztliche Nahrungsmittelkunde, Prof. Dr. Hugo K e l l e r, gewählt.

Die Akademie für Medizinische Forschung und Fortbildung wählte den Ordinarius für Haut- und Geschlechtskrankheiten, Prof. Dr. Rudolf M a x i m i l i a n B o h n s t e d t, zum Dekan und den persönlichen Ordinarius für Anatomie, Prof. Dr. Emil T o n u t t i, zum Prodekan.

Katholische Studentengemeinde

Tag der KSG: Sonntag, den 30. Januar.

8.30 Uhr, Aula der Universität: Festgottesdienst.
10.30 Uhr, Aula der Universität: Festakademie. Den Festvortrag hält Prof. Dr. Freiherr von der Heyde, Würzburg.
18.00 Uhr, s. t., Palmengarten: Gesellschaftsabend. Eintritt 3,— DM. Weitere Einzelheiten am Schwarzen Brett.

A Gottesdienste:

Jeden Sonntag, 8.30 Uhr, Akademischer Gottesdienst in der Kapelle des Studentenhauses.

Dienstag, 7.15 Uhr, Gemeinschaftsmesse in der Kapelle des Studentenhauses.

Mittwochs, 7 Uhr, Messe für Mediziner in der Rektorskapelle des Städtischen Krankenhauses, Ludwig-Rehnstraße 17.

Donnerstags, 19.15 Uhr, Messe in der Kapelle des Studentenhauses.

Freitags, 7.15 Uhr, Gemeinschaftsmesse für Studierende der Pädagogik in der Kapelle des Studentenhauses.

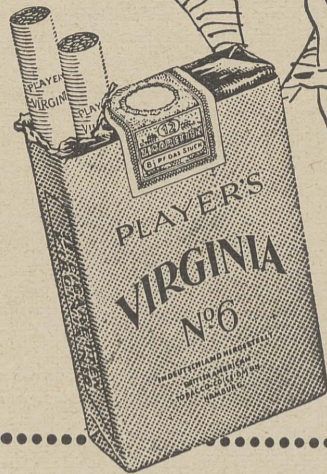
Freitags, 20 Uhr, s. t. Komplet in der Kapelle des Studentenhauses.

rauche

staune

gute

Laune



8 1/3

eine echte Player's

wohl nicht genau feststeht, ob sie sofort kommen oder erst eine Dreiviertelstunde später. Was macht das schon? Jeder ist seinem Kollegen der Nächste. Und wenn man auch mit dem Essen fertig ist, dann ist das noch lange kein Grund, Platzsuchenden den Stuhl frei zu machen. Erst mal in Ruhe lesen, nicht wahr? Zwar sind genügend andere Räume zu dieser Zeit frei, in denen man sich, muß man auf den Zug oder auf die nächste Vorlesung warten, ausruhen kann. Aber warum, die anderen können ruhig stehen. Und so etwas stimmt einen dann mißgelaunt. Sollte so ein Benehmen zur akademischen Bildung gehören?

W. Dreyer

Freiheit der Kinder Gottes?

Was hat die Frankfurter Katholische Studentengemeinde dazu veranlaßt, eine Mission zu halten? Und wie ist der Leitgedanke der Missionswoche zu verstehen, was bedeutet „Freiheit der Kinder Gottes“? Im letzten Wahlkampf hat man sich so viel um den „liberalen Gedanken“ gestritten. Hat die Freiheit der Kinder Gottes damit etwas zu tun? Ist sie vielleicht eine Antwort auf den Liberalismus? Wir haben uns diese Fragen nicht nur selbst vorgelegt, sondern sind damit zu Studentenpfarrer Dessauer, dem Initiator und Leiter der Mission, gegangen.

Hier seine Äußerungen.

Die „Freiheit der Kinder Gottes“ ist allem Parteistreit entzogen. Der Leitgedanke der Mission ist ganz einfach der, einen Weg zu zeigen, wie man leben kann. Es soll gezeigt werden, daß es möglich ist, durch Christus frei zu werden; unabhängig zu werden von der Last unserer Verhältnisse; frei zu werden von der Angst vor Schicksalsschlägen, von der Angst vor dem Risiko und von aller quälenden Unsicherheit.

Die heutige Menschheit glaubt an die freie Marktwirtschaft oder an die Gewerkschaftspolitik, sie glaubt an die Allmacht der Organisation schlechthin. Schlechte Erfahrungen haben den Zauber derartiger Dogmen allerdings sehr schwinden lassen, und man ist sehr unsicher geworden. Aber auf den Gedanken, daß vielleicht das Christentum die Fragen des Lebens zu lösen wüßte, kommen heute die wenigsten. Sie können auf diesen Gedanken auch nicht so leicht kommen, weil es selten einen Christen gibt, der ihnen die Antwort auf ihre Lebensfragen vorlebt. Die vielen lauen, ungläubwürdigen Christen sind es, die den fragenden Menschen abhalten von Christus, von dem her Antwort kommen könnte. Darum ist es ein besonderes Anliegen der Mission, die katholischen Studenten auf den Weg zu bringen, daß sie ihr Leben ehrlich und ernst auf Christus hin orientieren. Denn nur so bezeugen sie glaubhaft, daß der Christ ein echter Realist ist, der die volle Wirklichkeit des menschlichen Daseins ins Auge faßt und sein Leben danach einrichtet.

H. Lehmann-Dronke

Mit Millionen von Wettfreunden
ständig im Dienste des Sports

 HESSEN-TOTO
IM WEST-SÜD-BLOCK

Volkswirte brauchen das Auslandspraktikum

Auslandskenntnisse zu erwerben, ist ein Vorrecht der Jugend. Aus diesem Vorrecht ist aber für die „Wisoisten“ nicht gerade eine Pflicht, aber wohl eine wichtige Chance geworden. Deshalb gibt es bei ihnen auch eine internationale Einrichtung, von Studenten gegründet und von Studenten weitergeführt, die das Auslandspraktikum vom Stadium des frommen Wunsches in eine Realität überführt hat. Da solch ein Vorbild andere Fakultäten interessieren wird, sei hier etwas über die AIESEC gesagt. Diese AIESEC — Association Internationale des Etudiants en Sciences Economiques et Commerciales — wurde 1949 in Stockholm gegründet und stellt eine Vereinigung von Studierenden der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten und Hochschulen von 16 westeuropäischen Ländern (insgesamt nahezu 100) dar. Die Fakultät unserer Universität ist Mitglied seit 1952.

Die AIESEC entfaltet ihre Tätigkeit auf vier Hauptgebieten:

1. Austausch von Praktikanten während der Sommersemesterferien unter den Mitgliedsländern der Organisation.
2. Veranstaltung von wirtschaftswissenschaftlichen Studienreisen ins Ausland.
3. Austausch von Informationsmaterial über das Studium.
4. Veranstaltung von Jahreskongressen zum Erfahrungsaustausch und zur Festsetzung von Arbeitsrichtlinien.

Bei den wirtschaftswissenschaftlichen Studienreisen zwischen den verschiedensten Ländern stehen Industriebesichtigungen, Vorlesungen an ausländischen Hochschulen und Zusammenkünfte mit ausländischen Kommilitonen im Vordergrund. Um die Reisteilnehmer nicht durch die Vielzahl der verschiedenartigen Eindrücke zu verwirren, wird jede dieser Reisen unter ein spezielles Thema gestellt.

Außer dem laufenden Austausch von Informationen über das Studium und das Leben an den Hochschulen der einzelnen Mitgliedsländer wird jetzt ein internationaler Studienführer für die Wirtschaftswissenschaften vorbereitet. Er soll die Studenten der europäischen Wirtschaftshochschulen über die Studienvoraussetzungen, -pläne, -ziele und die Lebensbedingungen an den einzelnen Hochschulorten informieren.

Das Hauptaugenmerk der Vereinigung gilt jedoch dem Praktikantenaustausch. Der Student der Wirtschaftswissenschaften erhält die Möglichkeit — soweit er sich in einem vorausgehenden Auswahlverfahren dafür als geeignet erweist — während der Sommerferien in einem kaufmännischen Betrieb des Auslandes zu praktizieren und erhält dabei eine Vergütung, die den Auslandsaufenthalt vollkommen finanziert.

Es ist in den wenigen Jahren des Bestehens und des Aufbaues der AIESEC gelungen, den Praktikantenaustausch von 69 ausgetauschten Studenten im Jahre 1949 auf über 1100 im Jahre 1953 zu steigern.

Bemerkenswert an den Erfolgen ist die Tatsache, daß die Arbeit der AIESEC ausschließlich von Studenten getragen wird. Diese Ergebnisse wurden nur durch die Begeisterungsfähigkeit von Studenten ermöglicht, die sich ehrenamtlich mit ihrer ganzen Kraft für die junge internationale Organisation eingesetzt haben. Es muß aber betont werden, daß die AIESEC in ihrer heutigen Form nicht denkbar wäre ohne die immer beratende und unterstützende Hilfe der Dozentschaft an den Mitgliedshochschulen und ohne die Hilfsbereitschaft der Industrie und des Handels.

Der Anteil unserer Fakultät am Praktikantenaustausch war bisher, gemessen an anderen Universitäten und Hochschulen, gering. Zum Teil liegt das an der großen Anzahl von Werkstudenten, die wir in Frankfurt haben. Ist es schon schwierig für alle sich bewerbenden Frankfurter Wiso-Studenten eine Praktikanten- bzw. Werkstudentenstellung in den Semesterferien zu finden, so kann für ausländische Kommilitonen ein Praktikantenplatz in der Wirtschaft kaum herausgehandelt werden.

Je mehr jedoch die Unternehmungen in Industrie, Handel, Bank- und Verkehrsgewerbe Interesse an unserer Arbeit finden und Praktikantenplätze zur Verfügung stellen, um so mehr deutsche Studenten können wir alljährlich hinausschicken. Denn die von den Studenten gesammelten Erfahrungen im Ausland kommen letztlich der deutschen Wirtschaft zugute.

Das Ziel des Frankfurter Komitees für das kommende Austauschjahr ist es daher, die Anzahl der Praktikantenplätze wesentlich zu erhöhen, um einem größeren Teil unserer Studenten die Möglichkeit zum Praktikum im Ausland zu verschaffen.

Es wäre jedoch verfehlt, die Austauschaktion nur als eine administrativ-organisatorische Angelegenheit zu behandeln und nur die quantitative und nicht auch die qualitative Entwicklung des Austausches ins Auge zu fassen. Deshalb ist vor allem daran gedacht in Zusammenarbeit der Hochschulen mit der Wirtschaft, den Praktikanten durch Schulung und eine klar umrissene Aufgabenstellung zu bewußteren Erleben und planmäßigen Beobachten der Lebens- und Wirtschaftsbedingungen des Auslandes anzuleiten und den zu uns kommenden ausländischen Praktikanten neben dem, was sie an ihrer Arbeitsstätte erfahren, wirklichkeitsnahe Vorstellungen von unserem eigenen Lande und unserer Wirtschaftsentwicklung zu vermitteln.

So wird aus dem Kreis der Dozentschaft ein Professor gebeten, als ständiger Berater in wissenschaftlichen Fragen die Arbeit der AIESEC zu unterstützen. Den ausgewählten Studenten wird zur Auflage gemacht, während ihres Auslandsaufenthaltes eine Ausarbeitung über eine wirtschaftliche Frage anzufertigen, die entweder entsprechend ihren eigenen Interessen selbst gewählt oder vom beratenden Dozenten vorgeschlagen werden kann. In jedem Fall wird ein Vertrauensdozent nützliche Hinweise geben können, wie das jeweilige Thema zu behandeln ist.

Zur Veranschaulichung sei auf einen Versuch hingewiesen, der

Ersatz, Konkurrenz oder Ergänzung?

Die rasche Steigerung der Weltproduktion von Chemiefasern verdeutlicht die wichtige Stellung, die ihnen schon heute auf dem internationalen Spinnstoffmärkten zukommt, obwohl die Entwicklung zumal der sogenannten vollsynthetischen Fasern noch keineswegs abgeschlossen ist.

Dieser Ausdruck ist nicht ganz richtig, denn der Chemiker kennt weder Voll- noch Halbsynthesen, sondern eben nur Synthesen. Man will mit dieser Bezeichnung zum Ausdruck bringen, daß sie auf rein synthetischem Weg entstanden sind. Ihre Vorläufer sind die halbsynthetischen Produkte. Wir kennen sie als Viskose-Reyon, Chemiekupferseide und Acetatseide, wenn es sich um „endlose“ Fäden, um Seide handelt, oder als Zellwolle, Kupferspinnfaser und Acetatfaser, wenn sie für baumwoll- bzw. wollähnliche Erzeugnisse als Stapelfasern versponnen werden. Ausgangsmaterial für ihre Herstellung ist die Cellulose, die zum Beispiel aus Pappeln, Fichten und Stroh gewonnen wird. Es liegt also ein natürlicher Rohstoff der Produktion zugrunde. Gleiches gilt für Kunstseide auf Eiweißbasis der Milch oder aus Sealgelen. Man bezeichnet diese Gruppe auch als regenerierte Chemiefasern.

Über den Begriff „Chemiefasern“ besteht noch immer Uneinigkeit, denn er umfaßt auch die endlosen Fäden, also nicht nur die Stapelfasern. Der Vorschlag, die ersteren in „Chemieseide“ umzutauften, hat in der Fachwelt nicht überall Anklang gefunden. Darunter sollten fallen: Cupra, die frühere Kupferkunstseide, Acetat, die alte Acetatkunstseide und Reyon,

an der Hochschule für Wirtschaft- und Sozialwissenschaften Nürnberg im vergangenen Sommer durchgeführt wurde: in enger Zusammenarbeit der Industrie- und Handelskammer für Mittelfranken, dem Institut für Exportforschung und unter dem Protektorat des Rektors der Hochschule wurde erstmalig ein Leistungswettbewerb auf dem Gebiete der praktischen Auslandsbeobachtung durchgeführt. Auf Anregung des Instituts für Exportforschung wurden die deutschen Auslandspraktikanten aufgefordert, frei gewählte Beobachtungsaufgaben über Lebensverhältnisse oder Bedarfs- und Handelsstruktur in einzelnen Staaten zu übernehmen. Die Beobachtungsberichte zeigten, daß der Grundgedanke richtig war, und daß wertvolles Material gewonnen werden kann.

In Frankfurt scheiterten derartige Versuche bislang an der geringen Anzahl ausgetauschter Studenten.

Dagegen hat die Betreuung der ausländischen Studenten, die hier in Frankfurt praktizierten, dank der Unterstützung der Industrie- und Handelskammer gute Fortschritte erzielen können. Sie umfaßt den Empfang der eintreffenden Praktikanten, die Vermittlung eines Zimmers, die Vorstellung beim Arbeitgeber, Wochenendpraktikantentreffen, Vorträge und Diskussionsabende über allgemeine und wirtschaftliche Themen und Besichtigungen (und Exkursionen) der landschaftlichen Schönheiten der näheren und weiteren Umgebung. In Zukunft ist jedoch geplant, den ausländischen Studenten auch eine breitere wissenschaftliche Bildungsmöglichkeit zu geben. Zu diesem Zweck soll ein internationales Seminar vorbereitet werden, das den Praktikanten einen allgemeinen Eindruck von den wirtschaftlichen Zusammenhängen unserer Stadt und unseres Landes vermittelt. In drei bis vier Seminarsitzungen sollte jeweils ein Dozent zu interessierenden Wirtschaftsfragen aus seinem Forschungsbereich Stellung nehmen. Einem solchen Kurzreferat könnte eine fruchtbare Diskussion über Verschiedenartigkeiten und Parallelfälle der erwähnten Probleme in den Heimatländern der Praktikanten folgen. Vertreter des öffentlichen Lebens und der Wirtschaftspraxis könnten zu diesem Seminar beitragen.

P. Krondorfer

Briefe an die Redaktion

Was tut Deutschland für Exilstudenten?

Nach Meinung von Herrn Oratow (im Oktoberheft des DISKUS) haben die Deutschen bisher den Exilstudenten aus Osteuropa nur wenig oder gar keine Beweise ihrer Solidarität gegeben. Ich kann ihm nach meinen Erfahrungen als bulgarischer Exilstudent in Westdeutschland darin nicht zustimmen. Zwar ist allgemein in Westeuropa nicht viel von Solidarität zu spüren, aber gerade die Deutschen haben verhältnismäßig viel Verständnis für die Lage der Exilstudenten aufgebracht, obwohl die Bundesrepublik selbst noch gar nicht voll gleichberechtigt ist. In Deutschland werden die Exilstudenten in ihren Rechten den Bürgern der Bundesrepublik gleichgestellt. Ich habe bisher an der Frankfurter Universität eine Diskriminierung der Exilstudenten nicht feststellen können. Zwar sind sie den einheimischen Studenten nicht formell gleichgestellt, sie werden aber praktisch genau so behandelt. Natürlich gibt es immer einzelne Härtefälle als Ergebnis von Bürokratie oder Willkür; sie sind aber für die deutsche Gesellschaft und die Vertreter der deutschen Wissenschaft nicht charakteristisch. Ohne zu übertreiben, kann ich feststellen, daß in der Bundesrepublik mehr Exilstudenten als in anderen europäischen Ländern studieren. Die Bundesrepublik hat, soweit mir bekannt ist, 264 Exilstudenten mit 50 000 DM unterstützt. Zwar erhält z. B. die Exiluniversität in Straßburg aus einem internationalen Hilfsprogramm 200 000 Dollar. Da von diesem Geld aber nicht nur die dortigen 200 Exilstudenten unterstützt werden, sondern auch noch die gesamte bürokratische Organisation unterhalten werden muß, bleibt kein Geld mehr für Stipendien an nicht in Frankreich studierende Exilstudenten übrig. Gerade weil aber die gesamten Mittel aus dem internationalen Hilfsprogramm nach Straßburg fließen, können den nicht dort studierenden Exilstudenten direkt aus dem internationalen Hilfsprogramm keine Stipendien mehr gewährt werden.

Die Bundesrepublik hat viel Verantwortungsbewußtsein den Exilstudenten gegenüber bewiesen, jedenfalls mehr als die anderen westeuropäischen Länder. Für das traurige Schicksal der Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge tragen letzten Endes die Großmächte noch immer die von ihnen durch den Krieg übernommene Verantwortung. Wir müssen infolgedessen an die westliche Gesellschaft einen Appell zur Unterstützung der Exilstudenten richten, und auch ihr Interesse an dem Schicksal der osteuropäischen Nationen wecken. Eine internationale Solidarität unter

Ausschluß der osteuropäischen Völker ist undenkbar. Für den Aufbau einer wirklich loyalen internationalen Solidarität sind aber alle Menschen in gleicher Weise verantwortlich.

Dano Danoff, Exilstudent aus Bulgarien

Ein Wort zur Verlängerung der Studiendauer für Wirtschaftswissenschaftler

Alle Studierenden der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät und besonders diejenigen, die im Sommersemester 1954 ihr Studium begonnen hatten, stauten sich eines Tages in diesem Sommer vor dem schwarzen Brett ihrer Fakultät. Was war da zu lesen? Eine Mitteilung des Dekans, nach der die Dauer des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums auf 8 Semester verlängert wird und daß schon die Studierenden, die ihr Studium mit dem Sommersemester 1954 begonnen haben mit dieser Studiendauer rechnen müssen.

Es liegt mir fern, über den Wert oder Unwert eines achtsemestrigen wirtschaftswissenschaftlichen Studiums zu streiten. Dies mögen Berufener tun, denn zu einem abschließenden Urteil habe ich, da ich erst am Anfang meines Studiums stehe, nicht den nötigen Überblick.

Aber ich möchte hier auf eines hinweisen: Man sollte solche Bestimmungen nicht rückwirkend in Kraft treten lassen. Alle, die das Studium der Wirtschaftswissenschaften mit dem Sommersemester 1954 begonnen haben — zu diesen ich —, haben dies unter den Bedingungen einer sechssemestrigen Studiendauer getan. Das sollte man berücksichtigen.

Warum will man nicht den Studenten, die mit dem Sommersemester 1954 ihr wirtschaftswissenschaftliches Studium begonnen haben, die Gelegenheit geben, trotz der neuen Prüfungsordnung nach einem sechssemestrigen Studium zur Prüfung zu kommen?

Es wäre doch nicht schwierig, in die Übergangsbestimmungen folgenden Passus aufzunehmen: „Den Studierenden, die ihr wirtschaftswissenschaftliches Studium im Sommersemester 1954 begonnen haben, wird die Möglichkeit gegeben, nach einem sechssemestrigen Studium ihre Abschlußprüfung nach den alten Prüfungsbestimmungen oder nach 8 Semestern ihre Abschlußprüfung nach der neuen Prüfungsordnung abzulegen.“

Ich glaube, nur so wird man allen Gesichtspunkten gerecht.

H. Klingler, stud. rer. pol.

die ehemalige Viskosekunstseide. Reyon war übrigens früher auch ein Sammelbegriff für alle Kunstseiden. Für den Laien sind diese vielfältigen Bezeichnungen böhmische Dörfer. Er wird sich besser an die Handelsmarken halten, die jeweils eine Technik bezeichnen. Namen wie Cupresa und Cuprema (für Chemiekupferseide bzw. Kupferspinnfaser) oder PAN (für Seide und Fasern aus Poly-Acryl-Nitril), um ein vollsynthetisches Produkt zu nennen, sind inzwischen zum Begriff geworden.

Wie sollen all diese Produkte Absatz finden? Momentan ist die Nachfrage noch größer als das Angebot. Dadurch wird auch der hohe Preis ermöglicht, der sehr bald fallen wird, wenn genügend produziert werden kann und die hohen Investitionskosten sich auf eine größere Produktionsmenge verteilen. Werden die neuen Fasern die traditionellen Spinnstoffe verdrängen? Diese Frage ist nicht eindeutig, und von Fall zu Fall verschieden zu beantworten. In der Strumpfwirkerei mußte die Kunstseide dem Perlon Platz machen, wenn sie auch noch zu einem geringen Prozentsatz Verwendung findet.

In der Reifencordherstellung hatte zuvor aber Reyon die Baumwolle verdrängt. Heute ist es im Begriff, von Nylon verdrängt zu werden.

Wird Wolle den wollähnlichen Fasern Orlon und Dacron weichen müssen? Hier bahnt sich eine andere Entwicklung an, seitdem, besonders in Amerika, in den letzten Jahren eingehend die Chancen der Mischgewebe studiert worden sind. Hochwertiger Wolle werden hochwertige Kunststoffe beigemischt, nicht etwa um den Preis zu senken, sondern um die Qualität zu steigern. Man hat nämlich festgestellt, daß weniger die Qualität der Faser als vielmehr die Qualität, d. h. die Brauchbarkeit des fertigen Stoffes ein entscheidender Absatzfaktor ist und kaufkräftige Schichten durchaus bereit sind, einen entsprechend höheren Preis zu zahlen. Perlonverstärkte Wollsocken halten länger als ohne Verstärkung, denn selbst die beste Wolle hat nicht eine derart hohe Scheuerfestigkeit wie Perlon. Nylon-Wollmischgewebe für Unterwäsche sind fester und können deshalb leichter und feiner sein. Hier stützen also die Chemiefasern den Wollabsatz. Darüberhinaus ist der erforderliche Kapitalaufwand für die Produktion wollähnlicher Spinnstoffe so hoch, daß in absehbarer Zeit die Wolle nichts zu befürchten braucht. Ja sogar: „Die größte Gefahr für Wolle ist die Wollknappheit“, wie kürzlich der Präsident eines Schafzüchterverbandes sagte, denn ein zu geringes Angebot steigert den Preis und leistet den Kunstfasern entsprechend Vorschub.

Es wird auch nicht immer eine Chemiefaser die andere verdrängen. Nylon bzw. Perlon ist wegen seines hohen Elastizitätsgrades unumstritten das geeignetste Material für Damenstrümpfe. Diese Eigenschaft wird erst recht augenscheinlich bei Perlon-Strümpfen aus Kräuselkrepp. Der gekräuselte Faden kann auf das Fünffache seiner ursprünglichen Länge gezogen werden und kehrt doch in seine Ausgangsstellung zurück. Deshalb brauchen diese Strümpfe nur in einer Standardgröße hergestellt zu werden. Sie passen sich in idealer Weise jeder Fußform und -größe sowie jeder Beinlänge und -stärke an. Größerer Materialverbrauch und schwierigere Verarbeitung erklären den vergleichsweise höheren Verkaufspreis für Kräuselkreppwaren.

Welche Absatzchancen synthetische Fasern haben wird klar, wenn man den Textilverbrauch pro Kopf und Jahr zwischen Amerika und Europa vergleicht. Er ist mit 2,1 kg halb so hoch wie in den USA mit 4,4 kg. In Europa liegt auch der deutsche Konsum mit 3,4 kg an der Spitze. Auf der Basis eines wirtschaftlich integrierten Europas erhofft man bei gleichzeitigem Steigen des Lebensstandards insbesondere der mittleren Einkommensklassen eine entsprechende Ausweitung des Textilmarktes, da gerade diese Klassen in der Regel einen übernormal hohen Anteil ihres Einkommens für Textilien ausgeben. Ein erhöhter Verbrauch wird aber eine erhöhte und billiger werdende Produktion nach sich ziehen und eines Tages mag es dann auch nicht mehr lohnen, für 7 Pfennige einer Laufmasche in den Nylons nachzuzugeln.

H. Oehler

Soldat oder Milizionär?

Noch haben wir nicht die zwölf Divisionen, die die Westverträge uns zubilligen, aufgestellt, und schon sagen die Experten, daß sie nicht genügen werden, um dem Land einen wirksamen Schutz zu geben. Da aber die Verträge nicht gestatten, die ganze Wehrkraft des Volkes in der regulären Armee zu erfassen, man aber doch nur ungenau auf wehrfähige Männer verzichten will, denkt man daran, eine Miliz zu bilden. Was soll damit bezweckt werden?

Ein Milizionär ist kein vollwertiger Soldat, streng genommen ist er überhaupt kein Soldat. Nach dem bis heute üblich gewesenen Sprachgebrauch gab man quasi-militärischen Verbänden, die nicht der militärischen Führung unterstehen, Verbänden mit bestimmten begrenzten sowohl polizeilichen als auch paramilitärischen Aufgaben die Bezeichnung Miliz. Zum Beispiel waren die SA und die SS der NSDAP im 3. Reich Milizen und die Schwarzhemden Mussolinis trugen das M als Abzeichen. Es waren Sturmtruppen, mit der Aufgabe, Ideologien mit Mitteln der brutalen Gewalt an der Macht zu erhalten.

Mit diesen früheren Milizen wird die zukünftige deutsche sicher nichts gemein haben. Viel eher könnte für sie die ehemalige österreichische Heimwehr des Herrn von Starhemberg Vorbild werden. Auch wenn man berücksichtigen will, daß unsere augenblickliche innerpolitische Situation eine andere als die österreichische der dreißiger Jahre ist, sollte man doch daran denken, daß selbst in christlichen Staaten, wie dem damaligen Österreich, vielleicht etwas von wenig Hemmungen gegen die Aufstellung von Sturm-bataillonen vorhanden sein können, die mit Feuer und Schwert diejenigen zu vernichten haben, die nicht leicht zu überzeugen sind. Ein besonderer Hinweis auf General Francos Falange erübrigt sich.

Wenn der Autor des Artikels „Ist Miliz besser?“ (DISKUS Heft 9) für die Bundesrepublik vorschlägt, aus wirtschaftlichen Gründen auf eine reguläre Armee weitgehend zu verzichten, so ist seine Voraussetzung irrig. Es darf keinen Zweifel darüber geben, daß sich die Bundesregierung in den Westverträgen bindend verpflichtet hat, eine Armee von 12 Divisionen aufzustellen. Jeder Vorschlag einer Ersatzlösung unterstellt also, daß die Bundesrepublik entweder die Ratifizierung der Verträge verweigern oder einen Vertragsbruch begehen müßte. Darauf besteht weder eine Aussicht, noch könnte davon die Rede sein.

Eine andere Frage ist allerdings, ob die Milizverbände zusätzlich aufgestellt werden sollen. Dann müßte überlegt werden, ob ihr mutmaßlicher Kampfwert in einem vernünftigen Verhältnis zu den Kosten und dem Energieaufwand stünde, der dafür notwendig wird.

Auf den Erfolg der preußischen Krümperahebung vor den Freiheitskriegen zu verweisen wäre ohne Wert, weil es unvernünftig ist, sich heute der Methoden zu bedienen, die damals gerade noch Notbehelf waren. Nicht einmal der Volkssturm von 1945 könnte als Vorbild dienen, auch wenn mancher ehemalige Hitlerjunge heute noch nicht ganz von der Panzerfaustromantik abgekommen ist.

Da ein künftiger Krieg — bei der Nichtanwendung von atomaren Waffen — ein Krieg der Panzertruppen wäre, würde er sich auf weite Räume erstrecken und auch keine modifizierte lineare Taktik zulassen.

Wozu also Milizverbände, die Familie und Heim sozusagen „vor den Toren der Stadt“ zu verteidigen hätten? Glaubt denn noch jemand im Ernst, daß es möglich ist, gutausgerüstete Angriffsarmeen mit Handfeuerwaffen aufzuhalten? Was geschähe, wenn in einer vom Feind besetzten Stadt auch nur ein einziger Zwischenfall vorkommt, das auszudenken, bedarf es keiner großen Phantasie.

Wichtiger wäre es, daran zu erinnern, daß sogar die letzte reguläre deutsche Armee nur solange überzeugt war, daß sie den eigenen Herd verteidigte, als sie auf Brest am Atlantik oder auf Stalingrad vormarschierte. In der bloßen Defensive und erst recht beim Rückzug fehlte ihr dies moralische Selbstbewußtsein.

Welche Rolle sollen in einem Bewegungskrieg die Milizverbände spielen? Der Autor des zitierten Artikels meint, daß es für sie nicht zumutbar sei, anderswo als in der Nähe des Heimatorts zu kämpfen. Sollen sie also notfalls aufgelöst werden? Oder sollen sie als Ersatzformationen in die reguläre Armee eingegliedert werden?

Aufgelöst würden sie notfalls sicherlich nicht. Darüber ist kein Wort zu verlieren. Als Ersatzeinheiten wären sie aber schlecht geeignet, denn ihre infanteristische Ausbildung würde sie zum Umgang mit technisch komplizierten Waffen nicht qualifizieren.

Es wäre zu billig und beinahe unverantwortlich, auf die im vergangenen Krieg geübte Praxis hinzuweisen, wo Reservisten nach sechswöchigen bis dreimonatigen Kursen an die Front geschickt wurden. Wenn der Verfasser des zitierten Artikels ein wenig überlegt hätte, was dies damals bedeutet hat, hätte er seinen Vorschlag wohl nicht so rigoros geäußert. Man hat im vergangenen Krieg die Reservisten in die Schlacht geworfen, wie man eben Menschenmaterial in die Schlacht wirft. Im Schützenloch und im MG-Feuer konnten diese Soldaten ihre Ausbildung vervollkommen. Wer aus Mangel an Erfahrung sich falsch verhielt, bezahlte es mit dem Tod oder mit der Gesundheit. Mit welchen Konflikten sich dann ein noch nicht ganz abgestumpfter Kommandeur auseinandersetzen mußte, der mit 5000 „Neuen“ gekommen war und mit 1500 moralisch zusammengehauenen Geschöpfen zurückging, hat der Autor nicht bedacht — oder sich noch nicht vorstellen können.

Oder sollen die Milizionäre als Partisanen kämpfen? Vielleicht im Gebiet der Bundesrepublik, einem verkehrstechnisch erschlossenen, dichtbesiedelten Land? Der Autor weiß wahrscheinlich

nicht, daß Partisanenkrieg nur dann Erfolg haben kann, wenn es den Partisanen gelingt, ein größeres zusammenhängendes Gebiet unter Kontrolle zu bringen. Es muß ein Gebiet ohne zu dichte Besiedlung und vor allem ohne große Städte sein, denn wenn die Bevölkerung verhungern müßte, weil die Zufuhr gesperrt ist, würde sie schnell zum natürlichen Verbündeten der Feinde der Partisanen.

Auch dem feurigsten Patrioten sollte nicht ganz unbekannt sein, was der Partisanenkrieg für die Zivilbevölkerung bedeutet. Man denke nur an Lidice, an Oradour und an Warschau, an die Kämpfe in den Sumpfgebieten Weißrußlands und in den Bergen des Balkan. Jedes weitere Beispiel würde die Pietät verletzen, die wir den vielen unschuldigen Toten schulden.

Schließlich hat der Autor nicht unterlassen können, freudig auszumalen, wie nützlich es doch sein könnte, wenn sich im „feldgrauen Kleide Menschen aller Stände zur gemeinsamen Begegnung finden würden“. Dazu will ich nur sagen, daß ich mir solche Begegnungen in angenehmerem Rahmen vorstellen könnte und daß dies mit ganz bescheidenem Kostenaufwand geschehen könnte. Ohne Uniform, ohne Regimentsmusik und ohne feierliche Verpflichtung.

Oscar Strobel

Ist Miliz wirklich besser?

Die Vorschläge, den westdeutschen Verteidigungsbeitrag z. T. in Form einer Miliz durchzuführen, sind wert, diskutiert zu werden. Ich möchte hierbei auf folgendes aufmerksam machen:

Das Problem einer Wiederbewaffnung Westdeutschlands wird durch die Aufstellung einer Miliz nicht gelöst. Die Sozialdemokratische Partei, der Gewerkschaftsbund und alle anderen Orga-

Wehrdienstverweigerung ...

... war das scheinbar ungewollte Leitmotiv eines Diskussionsabends, den der Universitätsclub in Frankfurt über Wiederaufbaufragen veranstaltete. Referent für das Thema „Staatsbürger und Streitkräfte“ war Graf Baudissin, Offizier des zweiten Weltkriegs, der nach einer Wüsten-Fuchsenzeit unter Rommel und anschließender sechsjähriger Gefangenschaft in glückliches Menschentum heimfind, als er zusammen mit seiner Frau töpferte — bis ihn das Amt Blank zur Verantwortung rief und in den inneren Stab einreichte.

Nach solcher Vorstellung beschränkte sich der Redner, indem er



das „ob“ (überhaupt Streitkräfte sein oder nichtsein sollten) den Politikern zuteilte und sich selbst mit dem „wie“ (die Streitkräfte sein sollten) das Rückgrat für den Vortrag gab.

Wie ein stiller Refrain zog sich durch das Referat der Gedanke vom Staatsbürger in Uniform — die Demokratisierung der Wehrmacht. Der neue Kompaniechef ist nicht allein (militärischer) Führer, er ist auch Einweiser in die demokratischen Lebensregeln. Das Grüßen ist nicht Ausdruck der Disziplin, sondern bezeugt (erzeugt) Verbundenheit unter den Staatsbürgern. Jedem wird klar: die Stimmung der Truppe wird vorzüglich.

Über diese rosigen Aussichten fiel zwischen Bier und Coca-Cola die Diskussion her, in der zunächst die Polemik der Wehrdienstverweigerer gewitterte. Zunächst mit dem Paradoxon des Bürger- und des Soldat-Seins. Der eine wird ausgebildet, um produktiv tätig zu sein, der andere wird zur möglichst großen destruktiven Wirkung geschult. Oder — warum ist das Einrücken Pflicht, wenn nur eine mehr oder weniger knappe Mehrheit die einschlägigen Gesetze im Bundestag durchgepaukt hat. Das Argument des Soldaten, es sei demokratisch, wenn sich die Minderheit der Mehrheit beuge, wurde von dem Juristen Prof. Erler mit dem Hinweis auf das Minderheiten-Recht neutralisiert. So blieben die Weigerer im Rennen. Graf Baudissin sah sich genötigt, die Wehrdienstverweigerung als Gewissensfrage herauszuarbeiten nach folgendem Rezept: Jeder stelle sein Gewissen an die Wand (zur Frage *m i t o d e r o h n e W a f f e*); (denn gedient wird auf jeden Fall, andernfalls Zuchthaus).

Diese harte Formulierung wollte Prof. Horkheimer wohl etwas einkleiden und gleichzeitig dem Referenten Mut zusprechen, trotz aller Nein-Sager nicht aufzustecken. Seine Überlegung sagte: I. kommt die Wiederbewaffnung viel zu früh, da der Schock der Nachkriegsreinigung noch nicht abgeklungen ist, deshalb sich

nisationen, die den Wehrbeitrag ablehnen — die Kommunisten und ihre Tarnorganisationen allerdings aus ganz anderen Motiven —, werden auch eine Miliz nicht bejahen. Bleibt doch das schwerwiegende Argument bestehen, daß eine westdeutsche Aufrüstung, gleichgültig, ob durch Aufstellung einer Armee oder einer Miliz, eine Wiedervereinigung Deutschlands erschwert, ja verhindert.

Auch die Kriegsdienstverweigerer aus religiöser, politischer oder sonst einer Überzeugung werden nicht bereit sein, sich einen Schießprügel zu Hause in ihren Schrank zu stellen. Lediglich diejenigen, die den Dienst im Heer als zu unbequem empfinden, werden vielleicht die Miliz zur Absolvierung ihres Waffendienstes vorziehen. Die anderen aber dürften zwischen einer Miliz und einer eineinhalbjährigen Ausbildung in einer Kaserne keinen prinzipiellen Unterschied sehen.

Es ist lobenswert, daß sich die Bonner Koalition, die von der Notwendigkeit der Wiederbewaffnung Westdeutschlands überzeugt ist, nicht nur darum sondern auch über ihre Formen Gedanken macht. Aber haben diejenigen Abgeordneten, die diese Miliz-Form vorschlugen, sich darüber Gedanken gemacht, daß sich eine solche Form der Wiederbewaffnung nicht mit den Abmachungen, die in den Pariser Verträgen getroffen wurden, vereinbaren läßt? In den Verträgen ist doch eine Wehrpflicht mit eineinhalbjähriger Dienstzeit vorgeschrieben, und ihre Revision kommt nach den Worten Bundeskanzler Adenauers und nach Äußerungen maßgeblicher Staatsmänner anderer beteiligter Staaten nicht in Frage. Oder haben der CDU-Abgeordnete Heye und der FDP-Abgeordnete H. v. Manteuffel, die als die Initiatoren dieses Miliz-Gedankens gelten, die Konsequenz daraus gezogen und sich deshalb gegen die Pariser Verträge ausgesprochen und dagegen gestimmt?

Herbert Klingler

vielleicht auch der inhaltsschwere Plan des Grafen nicht realisieren lasse, sondern in Kommiß ausarte.

2. ist die Identifizierung des Staatsbürgers mit dem Soldaten sehr bedenklich aus den Gründen, daß bei der früheren Zerteilung Bürgerliches Leben—Soldatenzeit der Bürger sich zwar dem Dienst als Soldat unterordnete, dafür sich aber hinterher als Außenstehender gesundschimpfte. Bei der geplanten Identifizierung ist das aber nicht möglich, da, wenn Staatsbürger-Soldat, er sich selbst beschimpfen würde.

Trotz des Beifalls, der für diese Ausführungen aufklang, wollte die junge Mannschaft nicht von der Wehrdienstverweigerung lassen. Wie aus der Pistole geschossen traf den Herrn Grafen die Frage, ob er denn sich selbst lieber an die Wand stellen lassen würde, ehe er seine Konzeption der Wehrpflicht und der daraus rekrutierten Streitkräfte aufgab. Aus diesem Gewissenskonflikt wurde der Referent vom evangelischen Studentenpfarrer erlöst, der fand, die Frage passe nicht hierher, weil wir nicht in einem Quäkerstaat leben.

Noch aber wehte das Banner der Nein-Sager. Neben religiöser Überzeugung trieb auch der böse Mars-Geist sein Unwesen. So wollte ein Kommilitone den Dienst nicht antreten, um nicht an einer Entwicklung teilzuhaben, die entgegen den besten Absichten notwendig zum Kriege führen muß (die Geister, die ich gerufen, werde ich nicht los). Er fand ein konzilientes Ohr und wird nun froher in die Zukunft blicken.

Während alldessen wartete ein anderer Teil der Geladenen, daß sich die Diskussion mal den Ja-Sagern zuwenden sollte, die so gern über das „wie“ diskutieren wollten. Aber soweit kam es nicht. Mitten in die Wortmeldungen der „Ohne-mich“-Sprecher schloß der Vorsitzende des Clubs die Sitzung (wohl nach dem Motto, besser ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende); denn man darf wohl annehmen, daß eine derartige Gegenschaft unter den „einigen persönlich geladenen Studenten“ nicht erwartet wurde.

Oder? — Waren die Wehrdienstverweigerer etwa die persönlich Geladenen? Sie allein kamen zu Wort. Jetzt machten sich die Teilnehmer zu einer kritischen Nachlese Gedanken. Hatte nicht Prof. Erler auf seine Frage nach Entwürfen für Gesetze oder Verordnungen zur Wehrpflicht (also auch zur Verweigerung) — die er in seinem verfassungshistorischen Werk der Aktualität halber verarbeiten muß — hatte nicht er die Antwort erhalten, derartige Entwürfe seien nicht vorhanden? (So muß das Verfassungswerk wohl lahm liegen.) Nun nagte allerdings der Argwohn: waren wirklich die Verweigerer geladen? Will man etwa ihre Argumente kennenlernen, sammeln, und ihnen dann in einschlägigen Gesetzen und Verordnungen gründlich entgegenwirken? Das wäre allerdings ein Schrecken ohne Ende.

Magnus Weber

★

Nachtrag

Zum Abdruck der Szene aus dem Stück „Da draußen vor der Tür“ von Wolfgang Borchert in der letzten Nummer ist nachzutragen, daß er mit freundlicher Genehmigung des Verlages dem bei Rowohlt erschienenen Gesamtwerk des Autors entnommen wurde.

Die Buchhandlung für den Mediziner

JOHANNES ALT

Fachbuchhandlung und Antiquariat für Medizin und Naturwissenschaften

FRANKFURT A. M.-SÜD 10
Gartenstraße 134 · Telefon 61993

Jetzt wieder in den erweiterten Geschäftsräumen Gartenstr. 134 Haltestelle Hippodrom, in der Nähe der Universitätskliniken

Strichätzungen
Farbätzungen
Autotypien
Galvanos
Rotaprintfolien
Matern·Stereos

RÖMER KLISCHEEANSTALT GMBH FRANKFURT / M
Mainzer Landstraße 216
Ruf 34672

Luise Pollinger
PAPIER · BUROBEDARF · DRUCKSACHEN
Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen

KOLLEG-BEDARF

Füllhalter · Luxuspapiere · Geschenke
Büro-, Zeichen- und Schulartikel

Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt

Frankfurt am Main, Bockenh. Landstr. 131
(nächst der Universität) Fernruf 755 89

Studenten halten Mission

Die Freiheit der Kinder Gottes

Es sprechen:

Studentenpfarrer P. Dr. Gerhard Koch S. J., Marburg

Studentenpfarrer P. Stephan Richter O. f. m., Kiel

Sonntag, den 16. Januar 1955

20 Uhr s. t.
„Die Entdeckung Gottes“
Eröffnungsfeier in St. Antonius, Savignystraße

Montag, den 17. Januar 1955

7 Uhr s. t. Kapelle
„Gotteskindschaft“
8 Uhr s. t. St. Antonius
14 Uhr s. t. Aula
„Jesus von Nazareth“
20 Uhr s. t. St. Antonius

Dienstag, den 18. Januar 1955

7 Uhr s. t. Kapelle
„Persönliches Beten“
8 Uhr s. t. St. Antonius
14 Uhr s. t. Aula
„Der gegenwärtige Gott“
(Kirche und Hl. Geist)
20 Uhr s. t. St. Antonius

Mittwoch, den 19. Januar 1955

7 Uhr s. t. Kapelle
„Der Mensch und der Glaube“
8 Uhr s. t. St. Antonius
14 Uhr s. t. Aula
„Die Wirklichkeit des Bösen“
20 Uhr s. t. St. Antonius

Donnerstag, den 20. Januar 1955

7 Uhr s. t. Kapelle
„Zur Freiheit befreit“
8 Uhr s. t. St. Antonius
14 Uhr s. t. Aula
„Die Buße des Christen“
20 Uhr s. t. St. Antonius

Freitag, den 21. Januar 1955

7 Uhr s. t. Kapelle
„Die Verantwortung des Akademikers“
8 Uhr s. t. St. Antonius
14 Uhr s. t. Aula
„Begegnung der Geschlechter“
20 Uhr s. t. St. Antonius

Samstag, den 22. Januar 1955

7 Uhr s. t. Kapelle
„Maria“
8 Uhr s. t. St. Antonius
14 Uhr s. t. Aula
„Kreuz-Abendmahl-Messe“
20 Uhr s. t. St. Antonius

Sonntag, den 23. Januar 1955

10 Uhr s. t. St. Antonius
„Die Freiheit der Kinder Gottes“
16 Uhr s. t.
„Gott lebt“
(Schlußfeier im Dom in Anwesenheit seiner Exzellenz
Walther Kampe, Weihbischof von Limburg)

Der **Morgenvortrag** findet statt um 7.00 Uhr s. t. in der Kapelle des Studentenhauses, Wiederholung um 8.00 Uhr s. t. in der St. Antoniuskirche, Savignystraße 15-17. Im Anschluß an den Morgenvortrag ist um 7.30 Uhr bzw. um 8.30 Uhr Gelegenheit zur Messfeier.

Der **Hauptvortrag** findet statt um 14.00 Uhr s. t. in der Universität, Wiederholung um 20.00 Uhr in der St. Antoniuskirche.

Missionswoche
der Frankfurter katholischen Studentenschaft

vom Sonntag, 16. Januar 1955 bis Sonntag, 23. Januar 1955